

**: Perspektiven auf
Global Governance.
Die sef: 2021
Jahresbericht**



Impressum

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 | 53115 Bonn
Tel. 0228 | 9 59 25-10
Fax: 0228 | 9 59 25-99
sef@sef-bonn.org
www.sef-bonn.org
Twitter: @sefbonn
Youtube: sefbonn

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2022
Foto Cover (Parl. Frühstück, Nov. 2021): Larissa Neubauer
Fotos: sef:, sofern nicht anders vermerkt
Texte: Larissa Neubauer, Ingo Nordmann, Dr. Michèle Roth
Redaktion: Ingo Nordmann, Dr. Michèle Roth
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Druck
Firma The Happy Printer, Bonn
Gedruckt auf zertifiziertem Papier – FSC und Blauer Engel

Editorial

Ein neuer heißer Krieg in Europa – ausgelöst durch eine Atommacht: Dieses Szenario, das seit dem 24. Februar 2022 traurige Realität ist, hatte noch zu Beginn des Jahres kaum jemand für möglich gehalten. Putins Angriff auf die Ukraine – und damit auch auf die Charta der Vereinten Nationen, die europäische Friedensordnung und eine freiheitlich-demokratische Entwicklung – widerspricht sämtlichen Werten, für die sich die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) seit ihrer Gründung durch Friedensnobelpreisträger Willy Brandt einsetzt. Krieg ist kein Mittel zur Konfliktlösung; unser Engagement muss der Stabilisierung der auf dem Völkerrecht basierenden internationalen Ordnung und der Entwicklung eines weltumspannenden gemeinsamen Verständnisses dieser Rechtsordnung gelten (vgl. dazu die Ausgabe 2|2021 der GLOBALE TRENDS. ANALYSEN).



Oliver Krauß MdL und Michèle Roth beim Bonn Symposium 2021

Ausmaß und Brutalität des Angriffs auf die Ukraine haben viele Expertinnen und Experten überrascht. Warnsignale und mahnende Stimmen waren im Jahr 2021 jedoch vereinzelt zu hören gewesen, auch im Rahmen von sef: Projekten. So wurde beim Forum Frauenkirche Online am 20. Mai 2021 sehr deutlich, dass sich die europäisch-russischen Beziehungen am tiefsten Punkt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion befinden. Innen- und Außenpolitik seien in Russland eng verbunden und Russland werde immer wieder testen, wie weit es gehen könne, so der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch. Er mahnte bereits bei dieser Veranstaltung, darüber nachzudenken, was der Westen im Falle von Gewalt mitten in Europa tun könne. Und beim Parlamentarischen Frühstück im Landtag Nordrhein-Westfalen am 5. November 2021 rief die Transformationsforscherin Prof. Dr. Maja Göpel, Mitglied im Beirat der sef:, dazu auf, sich durch den Ausbau erneuerbarer Energien der geopolitischen Machtlogik des Besitzes natürlicher Ressourcen zu entziehen. Erneuerbare Energien hätten großes Friedenspotenzial und könnten Teil einer „Geopolitik der Hoffnung“ werden.

Derartige Warnsignale und Impulse wurden im Berichtsjahr in der öffentlichen Wahrnehmung durch

die andauernde Corona-Pandemie überlagert. Sie schränkte auch die Umsetzung der sef: Vorhaben ein. Trotz Pandemie konnten wir jedoch – mit Ausnahme des Dresdner Forum für Internationale Politik – unsere geplanten Veranstaltungen erfolgreich umsetzen. Auch erste Präsenzveranstaltungen fanden coronakonform wieder statt, wie z.B. das Parlamentarische Frühstück in Düsseldorf. Die vielfältigen Veranstaltungen 2021 machten deutlich, wie wichtig ein Perspektivwechsel und die Wahrnehmung von Stimmen aus anderen Weltregionen gerade in diesen Zeiten sind, um globale Herausforderungen in all ihren Dimensionen erfassen zu können.

Die regional unterschiedlichen Voraussetzungen zum Umgang mit den Folgen der Pandemie und das andauernde Ungleichgewicht in vielen internationalen Organisationen und Prozessen waren dabei immer wieder ein Schwerpunkt. Ansätze zur Überwindung dieser Ungleichheiten, auch um die transformative Widerstandsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft zu stärken, stehen deshalb 2022 im Fokus des sef: Programms.

Wir laden Sie herzlich ein, in diesem Jahresbericht mehr über die Ergebnisse unserer Projekte zu lesen und sich auf unserer Website Video-Highlight aus dem Programm des vergangenen Jahres anzuschauen. Über unsere laufenden Aktivitäten berichten wir Ihnen in ca. sechswöchigen Abständen in den sef:/INEF News. Lassen Sie uns bitte im Dialog bleiben. Das gemeinsame Engagement für eine bessere Welt scheint wichtiger denn je zu sein.

„Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt, 03.11.1981)

Oliver Krauß MdL
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

In eigener Sache

Nach 17 Jahren als Geschäftsführerin der sef: ist es an der Zeit, den Staffelstab weiterzureichen. Die Arbeit bei der sef: war stets reich an Begegnungen mit beeindruckenden und engagierten Persönlichkeiten aus aller Welt, die bereit waren, ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Sichtweise zu teilen, um die Welt gemeinsam ein Stückchen besser zu machen. Ihnen und den vielen Menschen, die die Arbeit der sef: auf unterschiedlichste Weise unterstützen, gilt mein großer Dank. Meinem Nachfolger wünsche ich in diesen herausfordernden Zeiten alles Gute.

Ihre Michèle Roth

Inhaltsverzeichnis

sef: 2021

Editorial	1
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich A

Global Governance: Handlungsoptionen in einer multipolaren Welt

Globale Handlungsfähigkeit bei Krisenereignissen stärken	4
Solidarität in der globalen Gesundheitspolitik: Lehren aus der Pandemie	7
Innovation durch Disruption? Wie COVID-19 die Diplomatie verändert	9

Programmbereich B

Nachhaltige Entwicklung: Mit der Agenda 2030 zum Systemwandel

Digitalisierung für friedliche Entwicklung: Chancen durch regionale Kooperation in und mit Afrika.	11
Gemeinwohlorientierte Digitalisierung und das geplante E-Commerce-Abkommen der WTO	14
Das Weltnaturschutzabkommen: Ein wichtiger Baustein für die lokale Umsetzung der Agenda 2030	16
„Aufbruch in die Welt von morgen“: Parlamentarisches Frühstück	19

Programmbereich C

Krisen und Konflikte: Neue Herausforderungen auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene

Europa, die Großmächte und Chancen für eine globale Friedenspolitik	20
Weltweite Proteste für politische Reformen	23

sef: Finanzen

Finanzbericht	27
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2021	28
Bilanz zum 31.12.2021.	29

sef: Intern

sef: Vorstand	31
sef: Kuratorium.	31
sef: Beirat	32
sef: Team.	33
Kooperationen und Förderung 2021	33
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2021 nach Programmbereichen und Themenfeldern	34

• **sef: Themen**

Programmbereich A

Global Governance: Handlungsoptionen in einer multipolaren Welt

Globale Handlungsfähigkeit bei Krisenereignissen stärken

Noch nie hat es eine so universelle akute Notlage wie die der COVID-19-Pandemie gegeben, die sich innerhalb kürzester Zeit über den gesamten Globus ausgebreitet hat. Auf den weltweiten Gesundheitsnotstand folgte rasch eine Wirtschafts-, Ernährungs- und Entwicklungskrise. Obwohl die Pandemie nicht völlig unerwartet kam, zeigte sich, dass weder die



Vera Songwe, United Nations Under-Secretary-General, beim Internationalen sef: Experten-Workshop 2021

Weltgemeinschaft noch die meisten Staaten oder Gesellschaften darauf vorbereitet sind, schnell und wirksam zu reagieren. Angesichts des großen menschlichen Leids und der enormen materiellen und immateriellen Ressourcen, die nötig sind, um die schlimmsten Folgen eines solchen globalen Schocks abzumildern, lautet die zentrale Frage: Wie kann sich die Weltgemeinschaft besser aufstellen, um im Falle einer unerwarteten Katastrophe künftig schneller wirkungsvoll handeln zu können?

In einer Online-Dialogreihe mit renommierten internationalen Expert*innen im September/Oktober 2021 zeigten die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) und das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen Wege auf, wie die Politik auf allen Ebenen befähigt und gestärkt werden kann, globalen Schocks vorzubeugen und auf sie zu reagieren.

Wenn sich die internationale Gemeinschaft und die einzelnen Staaten nicht besser vorbereiten und die zugrunde liegenden Ursachen angehen, werden die Häufigkeit und Intensität globaler Schockereignisse in Zukunft zunehmen, darin waren sich die Teilnehmenden einig. Neben den komplexen globalen Verflechtungen sind es langfristige Herausforderun-

gen wie globale Ungleichheit, Klimawandel, Verlust natürlicher Lebensgrundlagen und biologischer Vielfalt, Konzentration digitaler Macht und der Aufstieg autoritärer Regime, die globale Schocks begünstigen und ihre negativen Auswirkungen verstärken.

Letztlich geht es deshalb darum, so die Erkenntnis beim Auftakt zur Experten-Workshopreihe, Transformationsprozesse mit tiefgreifenden Veränderungen zu gestalten. Das schließt die Strukturen und Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit, den Umgang mit verschiedenen Arten von Wissen und auch die Narrative und Denkweisen, die auf allen Ebenen der Politik das Handeln bestimmen, mit ein. Darüber hinaus geht es bei diesem Wandel um die Neugestaltung der bestehenden Beziehungen zwischen dem sogenannten Globalen Norden und dem Globalen Süden.

Bessere Koordinierung – lokale Anpassung

Seit vielen Jahren wird über notwendige Reformen des Systems globaler Politikgestaltung debattiert – vor allem mit Blick auf das UN-System, welches immer noch die geopolitischen Machtverhältnisse am Ende des Zweiten Weltkriegs widerspiegelt. Die Handlungsfähigkeit der internationalen Institutionen zu stärken und die Qualität ihrer Arbeit zu verbes-

Globale Trends. ANALYSEN 02|2021

Sprechen wir durch das Recht: Für einen rechtlich verankerten Multilateralismus

Heike Krieger

Seit einiger Zeit ist der im Völkerrecht verankerte Multilateralismus unter Druck geraten. Im Wechselspiel gegensätzlicher Kräfte eröffnen sich jedoch auch Handlungsspielräume für politische Akteure. In den GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 2|2021 fordert Heike Krieger die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, sich für Entwicklungen und Trends zu engagieren, die die internationale Ordnung stabilisieren. Zu diesem Zweck sollen sie einen rechtlich institutionalisierten Multilateralismus informellen Netzwerkstrukturen vorziehen. Grundlage ist eine glaubwürdige und konsistente Einhaltung des Völkerrechts sowie die Erarbeitung eines gemeinsamen Verständnisses dieser Rechtsordnung gerade mit Staaten des Global Südens.



sern, ist eines der Anliegen, die UN-Generalsekretär Guterres mit seinem Bericht „Our Common Agenda“ vom September verfolgt.

Der Bericht fordert eine bessere Koordinierung der Arbeit der internationalen Institutionen, aber auch der relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure in Krisensituationen; ein Thema, das auch in der Experten-Workshopreihe wiederholt zur Sprache kam. Die oft zitierte „Silo“-Mentalität von Institutionen und Abteilungen muss dafür überwunden werden, ohne die jeweiligen Fachkompetenzen und notwendigen Spezialisierungen aufzugeben. Not tut ein professionelles Interagieren auf der Grundlage einer gemeinsam vereinbarten Zielsetzung. Eine solche Funktion könnte die von Guterres vorgeschlagene „Emergency Response Platform“ übernehmen. Teilnehmende der sef: Reihe kritisierten, dass diese Plattform bislang



Die Pandemie als weltumspannende Krise
© istock.com/Blue Planet Studio

nicht als ständige Einrichtung geplant ist, wie z.B. der von der Foundation for Global Governance and Sustainability (FOGGS) vorgeschlagene „Global Resilience Council“. Die ad-hoc-Form der Zusammenarbeit könne sich in Situationen, in denen rasches Handeln gefragt ist, als Nachteil erweisen, wenn eingeübte Verfahren und Vertrauensbildung fehlen.

Die Diskussion unter den Teilnehmenden zeigte zugleich, dass es keine Standardlösungen gibt. Stattdessen muss von verschiedenen Institutionen, politischen Ansätzen und lokal angepassten Instrumenten Gebrauch gemacht werden; es ist die Flexibilität bei der Umsetzung, die ausschlaggebend ist. Sämtliche Maßnahmen und Instrumente müssen immer an den jeweiligen Kontext angepasst werden, weshalb auch auf allen Ebenen in den Aufbau von Kapazitäten investiert werden muss.

Vertrauen als zentrale Währung

Neue Institutionen und Experimente mit verschiedenen Formen von Governance sind die eine Seite. Genauso wichtig ist in Krisenzeiten aber auch das Vertrauen in die Regierungsführung, so die Teilnehmenden der Experten-Workshopreihe. Führungspersonlichkeiten gewinnen dann an Vertrauen, wenn sie ehrlich sind und Mut zum Handeln zeigen. Vertrauen in Institutionen basiert auf deren Legitimität und Mechanismen der Rechenschaftspflicht. Sie werden

dann als legitim angesehen, wenn sie effektiv (und nicht nur effizient) sind. Die Legitimität von Strukturen und Prozessen wiederum beruht auf einer möglichst umfassenden Inklusivität. Den zivilgesellschaftlichen Akteuren kommt eine wichtige Rolle dabei zu, die Rechenschaft von Staaten und internationalen Organisationen einzufordern. Zugleich darf der Verweis auf zivilgesellschaftliche Institutionen – insbesondere in akuten Krisen – nicht von der Verantwortung und der notwendigen Führung staatlicher und zwischenstaatlicher Institutionen ablenken.

Unterschiedliche Arten und Quellen von Wissen nutzen

In Krisenzeiten müssen politische Entscheidungsträger*innen häufig auf „im Entstehen befindliches Wissen“ Bezug nehmen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Doch welche Art von Wissen ist relevant, und wer produziert es? Auch darüber diskutierten die Expert*innen. Die Coronavirus-Pandemie diente hier als Beispiel. Anfangs waren es vor allem Epidemiolog*innen und Virolog*innen, an die sich die politischen Entscheidungsträger*innen und die Öffentlichkeit wandten. Als jedoch die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in Erscheinung traten, zeigte sich, dass verschiedene akademische Disziplinen berücksichtigt werden müssen. Gleichzeitig stelle sich die Frage, ob diese Art von Wissen genügt, um eine Krise zu bewältigen.

Um Antworten zu finden, lohnt sich ein Blick auf Länder und Regionen, die von den gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie weniger stark betroffen waren. Offensichtlich spielte die Erfahrung der jeweiligen Gesellschaften im Umgang mit Epidemien eine

Global Governance Spotlight 4|2021

Besser auf globale Schocks reagieren – Empfehlungen für den „Our Common Agenda“-Prozess

Cornelia Ulbert | Michèle Roth



Noch nie hat es eine so universelle akute Notlage wie die der COVID-19-Pandemie gegeben, die sich innerhalb kürzester Zeit über den gesamten Globus ausgebreitet hat. Obwohl die Pandemie nicht völlig unerwartet kam, zeigte sich, dass weder die Weltgemeinschaft noch die meisten Staaten oder Gesellschaften darauf vorbereitet sind, schnell und wirksam zu reagieren. Cornelia Ulbert und Michèle Roth suchen im Global Governance Spotlight 4|2021 Antworten auf die Frage, wie sich die Weltgemeinschaft besser auf unerwartete Katastrophen vorbereiten und angemessener reagieren kann. Grundlage für das Paper sind die Ergebnisse des Internationalen sef: Expertenworkshops 2021.

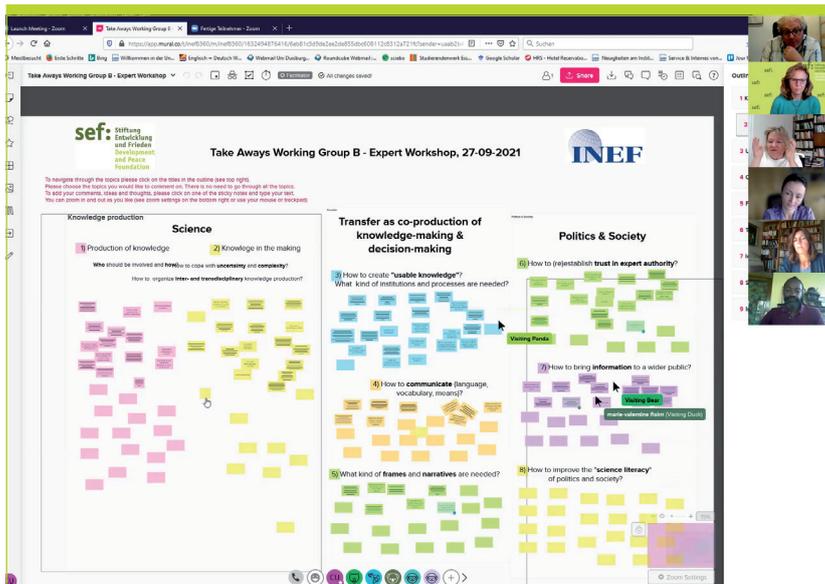
wichtige Rolle – ein Erfahrungswissen, das in den Gesundheitssystemen Europas und Nordamerikas verloren gegangen ist. Da es tatsächlich viele Arten von Wissen gibt, die bei der Politikgestaltung genutzt werden können, sollten einzelne Wissensquellen oder Fachgebiete nicht von vorneherein hierarchisiert oder bevorzugt werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in Krisenzeiten ist die Wissensvermittlung. Inhalt sowie Art und Weise der Kommunikation können entscheiden, wie groß die Unterstützung auch für unpopuläre Maßnahmen sein wird. Nicht nur Wissenschaftler*innen müssen

Nord-Süd-Beziehungen sind fest mit den Begriffen Geber und Empfänger verknüpft – dies ist auch die Botschaft der COVAX-Initiative.

Zugleich hat die Corona-Pandemie sehr deutlich gemacht, dass Staaten und Gesellschaften auf globaler Ebene anfällig und auf unzählige Arten voneinander abhängig sind. Genau diese gemeinsame Verletzbarkeit und die gemeinsamen Interessen könnten ein fruchtbarer Boden sein, auf dem globale Solidarität anstelle von „Wohltätigkeit“ gedeihen könnte. Die Pandemie lehrt uns außerdem, dass wir mit unserer Kategorisierung von Ländern nach geografischen Aspekten oder nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht erkennen können, wer von einer Krise am stärksten betroffen ist und was die einzelnen Staaten zur Lösung dieser Krise beitragen können – dies geht nur mit echter Solidarität und der Offenheit, voneinander zu lernen.

Gleichzeitig sollten sich politische Akteure weniger stark am Thema Effizienz orientieren, so eine weitere Forderung der Expert*innen. Das Dauermantra der Effizienz gehe schon viel zu lange auf Kosten der Wirksamkeit politischer Maßnahmen und der Resilienz von Gesellschaften. Wenn Gesellschaften widerstandsfähiger gegen künftige Schocks werden sollen, müssen sie eine starke soziale Infrastruktur aufbauen. Die Grundversorgung u. a. mit Nahrungsmitteln, Wasser, Energie, Bildung und Gesundheitsdiensten muss auf regionaler und lokaler Ebene gewährleistet sein. Dies mag aus wirtschaftlicher Sicht weniger effizient sein, ist aber für das menschliche Wohlergehen in Krisenzeiten unerlässlich.



Ergebnisse des online durchgeführten Experten-Workshops zusammengefasst auf einem digitalen Whiteboard

erklären können, wie das Wissen, das in den politischen Prozess einfließt, entstanden ist, und wo seine Grenzen liegen. Auch die Politik muss begründen, auf welchen Informationen die getroffenen Entscheidungen beruhen. Und schließlich müssen sowohl Wissenschaftler*innen als auch politische Entscheidungsträger*innen offen damit umgehen, wenn sie ihre Empfehlungen und politischen Maßnahmen an neue Fakten anpassen müssen.

Mehr Solidarität – weniger Effizienzdenken

Die nach wie vor von Ungleichheit geprägten Beziehungen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden machen sich als „dynamische Divergenzen“ in allen Bereichen der internationalen Zusammenarbeit bemerkbar, erläuterte eine Referentin. Die COVID-19-Pandemie zeige die bestehenden Ungleichheiten im internationalen System besonders deutlich auf, sei es im Hinblick auf die Verfügbarkeit finanzieller Mittel – einschließlich des ungleichen Zugangs zu den Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds (IWF) – oder bei der Verteilung von Impfstoffen. Auch habe sich erneut gezeigt, dass in der Entwicklungszusammenarbeit immer noch eine Mentalität der „Wohltätigkeit“ reicher Länder gegenüber den armen Ländern herrscht: Die

Globale Schocks können nur gemeinsam verhindert und bewältigt werden – innerhalb und zwischen Ländern und auf allen Ebenen der Politik. Die Online-Dialogreihe von sef: und INEF im September/Okttober 2021 hat hierzu eine Reihe von Empfehlungen für eine bessere Vorbereitung auf und ein nachhaltigeres Handeln in globalen Schocksituationen erarbeitet, die im Global Governance Spotlight 4|2021 zusammengefasst sind (siehe Box auf S. 5).

Solidarität in der globalen Gesundheitspolitik: Lehren aus der Pandemie

Seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie ist viel von Solidarität die Rede. Doch während der Gedanke der Solidarität in Reden und Debatten auf allen politischen Ebenen eine wichtige Rolle spielt, sieht die Situation in der Praxis häufig anders aus. In



Abdou-Rahime Diallo (Moderation), Ursula Nonnemacher und Merawi Aragaw Tegegne auf dem Podium des Brandenburger Online Dialogs „Mit Afrika lernen“ (im Uhrzeigersinn)

zwei Veranstaltungen analysierte die sef: 2021 den Stand der internationalen Zusammenarbeit in der Pandemiebekämpfung und stellte die Frage nach den Lehren, die daraus gezogen werden müssen. Sowohl beim ersten Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“ im April 2021 als auch beim sef: Policy Lunch (online) im Mai 2021 stand dabei der Erfahrungsaustausch zwischen Praktiker*innen und Expert*innen aus Afrika und Europa im Vordergrund.

Schnelle und koordinierte Antwort auf dem afrikanischen Kontinent

„Wir waren schockiert und handelten über Nacht“, so beschrieb Dr. Merawi Aragaw Tegegne beim Brandenburger Online Dialog die Reaktion der Afrikanischen Union (AU), als der Ausbruch des Coronavirus bekannt wurde. Schon bevor die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den internationalen Gesundheitsnotfall ausrief, begann die Afrikanische Seuchenschutzbehörde (Africa Centres for Disease Control and Prevention, kurz: Africa CDC) damit, die Entwicklung der Fälle und deren Ausbreitung genau zu beobachten. Dr. Tegegne, der bei den Africa CDC den Bereich Notfallvorsorge und -reaktion leitet, berichtete, dass den führenden AU-Politiker*innen der Ernst der Lage sofort klar gewesen war. „Wir haben das Ereignis nicht unterschätzt“, so Dr. Tegegne, auch als Lehre aus der verzögerten Reaktion auf den Ebola-Ausbruch 2014, der viel zu spät gemeldet worden war, was viel unnötiges Leid verursacht habe.

Neben der schnellen Reaktion benannte Dr. Tegegne die entschiedene politische Führung auf höchster Ebene sowie die koordinierte kontinentale Antwort auf die Pandemie als zentrale Erfolgsfaktoren. Das Notfallsystem der Africa CDC sei sofort aktiviert und eine gemeinsame kontinentale Strategie zur Verhinderung der Verbreitung des Virus ausgearbeitet worden.

Und in Europa?

Die Ausführungen von Dr. Tegegne machten den Unterschied zur Reaktion auf den Ausbruch des Coronavirus in Europa deutlich. Gerade zu Beginn prägten nationale Alleingänge und unsolidarische Handlungen wie das Verbot der Ausfuhr von persönlicher Schutzausrüstung das öffentliche Bild.

Pandemien könnten nicht mit nationalen Alleingängen bekämpft werden, bestätigte dahingegen die brandenburgische Gesundheitsministerin Ursula Nonnemacher; es sei wichtig, voneinander zu lernen. Sie hob die Lernfortschritte hervor, die Europa im ersten Jahr der Pandemie erzielt habe. Eine Pandemie könne nur durch „extrem gute Kooperation“ auf allen Ebenen, von der kommunalen bis zur nationalen und internationalen, bekämpft werden. Nur so könne Wissen schnell geteilt und könnten täglich aktuelle Lagebilder erstellt werden.

Globale Trends. Analysen 01|2021

Finanzpolitischen Spielraum schaffen: Ein Gebot der Menschenrechte in Zeiten von COVID-19

Ignacio Saiz



Die Ungleichheit zwischen Staaten hat sich durch die COVID-19-Pandemie verstärkt. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind in Ländern des Globalen Südens besonders verheerend. Die Ressourcen, die sie zur Bewältigung der Krise mobilisieren können, sind völlig unzureichend. Umso wichtiger ist es, dass die wohlhabenderen Länder und die internationalen Finanzinstitutionen die Hindernisse beseitigen, die sich aus ihrer Schulden- und Steuerpolitik für den finanzpolitischen Spielraum von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ergeben. Eine solche Zusammenarbeit ist nicht nur ein Gebot der globalen öffentlichen Gesundheit. Sie ist auch eine bindende menschenrechtliche Verpflichtung, wie Ignacio Saiz erläutert.

Echte Solidarität beruht auf Gemeinsamkeiten, nicht auf Unterschieden

Die gemeinsame Erfahrung, in der ersten Phase der Pandemie keinen Zugang zu dringend benötigter persönlicher Schutzausrüstung und in den ersten Monaten des Jahres 2021 keinen Zugang zu Impfstoffen zu haben, hätte eine gemeinsame Basis für globale Solidarität schaffen können. Der Begriff „Solidarität“ ist jedoch oft falsch verwendet worden, wie Professorin Barbara Prainsack, Direktorin des Centre for the Study of Contemporary Solidarity (CeSCoS) an der Universität Wien, beim sef: Policy Lunch feststellte: „Vieles von dem, was vor allem auf internationaler Ebene geschieht, verdient es nicht, als Solidarität bezeichnet zu werden.“ Rein symbolische Gesten der Solidarität würden soziale und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten verschleiern und der Entwicklung einer echten Solidarität schaden. Im Gegensatz zur Wohltätigkeit bedeute Solidarität, dass sich die Akteure gegenseitig unterstützen, weil sie erkennen, dass sie bei allen Unterschieden, die es gibt, auch etwas gemeinsam haben, erklärte Prainsack.

COVAX – eine verpasste Gelegenheit?

Dr. Hanna Kienzler, Reader in Global Health am King’s College in London, verwies auf die Impfstoffpolitik als Beispiel. Was als Teilen von Impfstoffen bezeichnet werde, sei oft mehr Wohltätigkeit als Solidarität, sagte sie, da die Länder des Globalen Nordens lediglich ihre übrig gebliebenen Impfstoffe weitergeben würden. Sie hätten aber nur deshalb Impfstoffe zu verschenken, weil sie ausreichende Mengen vorbestellt hätten, um ihre Bevölkerung mehrfach zu impfen. Damit hätten sie die COVID-19

Vaccines Global Access (COVAX) Initiative der Weltgesundheitsorganisation unterlaufen, die im Prinzip ein positiver Ansatz für eine gerechte Impfstoffverteilung gewesen sei.

Diese Sicht teilte auch Dr. John Amuasi vom Kumasi Center for Collaborative Research in Tropical Medicine in Ghana. Die Pandemie sei ein Lackmustest für die globale Solidarität. Er zeigte sich besorgt darüber, dass Länder wie China und Russland für ihr Engagement in Afrika gezeißelt werden. Wenn wir das wahre Ausmaß der Wohltätigkeit, geschweige denn der Solidarität bei der Pandemie analysieren, so sagte er, haben diese Länder vielleicht mehr getan als die traditionellen Partner, wenn auch in gewissem Maße aus Eigeninteresse.

Auf Dauer könne das Virus auch in Afrika nur durch das Impfen bekämpft werden, betonte Dr. Tegegne. Eine wichtige Zukunftsaufgabe sei deshalb der Ausbau der lokalen Produktion von Impfstoffen, z.B. durch Technologietransfer, aber auch von Diagnosemitteln, Medikamenten und Schutzbekleidung.

Fokus auf strukturelle Ungleichheiten

Kienzler wies darauf hin, dass die Pandemie die bestehenden Ungleichheiten innerhalb von und zwischen Gesellschaften noch vergrößert hat. Neben Investitionen in die medizinische Forschung und technische Maßnahmen müsse der Fokus auf den Abbau dieser strukturellen Ungleichheiten und auf soziale Gerechtigkeit gelegt werden, um eine künftige Pandemie besser zu bewältigen. Armut sei der größte Risikofaktor für COVID-19, stimmte Prainsack zu. Ein möglicher Ansatz für ausgleichende Gerechtigkeit könnte deshalb ein Schuldenerlass sein, wie von Ignacio Saiz in GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 1|2021 thematisiert (siehe Box auf S. 7).

Global Governance Spotlight 2|2021

Solidarität und globale Gesundheitskooperation in der Corona-Pandemie und darüber hinaus

Hanna Kienzler | Barbara Prainsack



Solidarität ist einer der überstrapaziertesten Begriffe in der Corona-Pandemie. Oftmals wird er nur symbolisch bemüht, ohne dass konkrete Handlungen folgen. Machtunterschiede und Ungerechtigkeiten werden dabei lediglich kaschiert, statt sie zu beseitigen. Im Global Governance Spotlight 2|2021 zeigen Hanna Kienzler und Barbara Prainsack, dass die globalen Reaktionen auf die Pandemie weit von echter Solidarität entfernt sind. Sie erläutern was echte Solidarität ausmacht und wie sie eine effektivere Pandemiebekämpfung ermöglichen würde.

Video-Ausschnitte und Kurzberichte zum **Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“** zum Thema „Antworten auf COVID-19: Erste Bilanz und Lehren“ finden sich unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/weitere-veranstaltungen/brandenburger-online-dialog-2021> und zum **sef: Policy Lunch „Die EU und**



Brandenburger Online Dialog



sef: Policy Lunch Mai 2021

Solidarität in der globalen Gesundheitskooperation: Lehren aus der Corona-Pandemie“ unter: <https://www.sef-bonn.org/de/veranstaltungen/policy-lunch/mai-2021>.

Innovation durch Disruption? Wie COVID-19 die Diplomatie verändert

COVID-19 hat die internationale Diplomatie grundlegend verändert. In ihrem im April 2021 veröffentlichten Global Governance Spotlight analysieren Jovan

Kurbalija, Exekutivdirektor der DiploFoundation, hob hervor, dass trotz der jüngsten globalen Beeinträchtigungen die historischen Kernfunktionen der Diplomatie gleich geblieben sind: Sie dient dem Bedürfnis verschiedener Akteure, die Botschaften der jeweils anderen Seite zu diskutieren und einen Kompromiss zu finden. Die Mittel dazu haben sich in der Vergangenheit bereits mehrfach geändert: von Rauch- und Schallsignalen über Telefonanrufe, E-Mails und Online-Nachrichtendienste bis hin zu Online-Konferenzen. Diplomatie sei schon immer anpassungsfähig und innovativ gewesen.



Stephanie Liechtenstein (Moderation), Jovan Kurbalija und Katharina Höne bei der sef: Session im Rahmen des Deutsche Welle Global Media Forum 2021 (im Uhrzeigersinn)

Kurbalija und Katharina Höne von der DiploFoundation, wie sich die globale Verlagerung auf Online-Verhandlungen auf zeitliche und räumliche Dimensionen diplomatischer Interaktion auswirkt (sh. Box).

In einer Session im Rahmen des Deutsche Welle Global Media Forums am 14. Juni 2021 diskutierten die beiden Autor*innen die wichtigsten Erkenntnisse aus ihrem Policy Paper mit der Moderatorin Stephanie Liechtenstein.

Erweiterung des „Werkzeugkastens“ für die diplomatische Praxis

Die Corona-Pandemie hat nun eine dieser technologischen Veränderungen beschleunigt: das Aufkommen der virtuellen und hybriden Diplomatie. Video-Konferenzen sind schon seit Jahrzehnten technisch möglich, wurden aber oft nicht ausreichend genutzt. COVID-19 und die weltweiten Reisebeschränkungen haben Diplomaten auf der ganzen Welt dazu gezwungen, Online-Kommunikation in ihren Alltag zu integrieren. Das bedeutet nicht, dass persönliche Treffen vollständig ersetzt werden, sondern dass sie parallel zu virtuellen Treffen stattfinden, so Kurbalija. Diplomaten*innen müssen also lernen, mit beidem umzugehen.

Katharina Höne stellte fest, dass das Aufkommen virtueller Treffen „den Werkzeugkasten“ erweitert hat,

Global Governance Spotlight 1|2021

Hybride Diplomatie: Wie COVID-19 internationale Verhandlungen verändert

Jovan Kurbalija | Katharina Höne



Im zweiten Jahr seit Beginn der Pandemie hat COVID-19 die internationale Diplomatie grundlegend verändert. Die Verhandlungen gehen weiter, finden aber zunehmend online statt, in Videokonferenzen, Chats und Breakout-Sessions. Das verändert die zeitlichen und räumlichen Dimensionen diplomatischer Interaktion. Was bedeutet das für Transparenz und Inklusion? Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf Entwicklungsländer? Und brauchen Staaten überhaupt noch Botschaften auf der ganzen Welt, wenn Treffen ohnehin online stattfinden? Diesen Fragen gehen Jovan Kurbalija und Katharina Höne im Global Governance Spotlight 1|2021 nach.

Global Governance Spotlight 5|2021

UN-Abkommen gegen Cyberkriminalität – Menschenrechte und Entwicklung ins Zentrum rücken

Mischa Hansel



2022 werden die UN-Mitgliedstaaten Verhandlungen über ein globales Abkommen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität aufnehmen. Mehr internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich ist dringend geboten. Doch es gibt auch Risiken. So könnten vage Verpflichtungen, etwa zur Überwachung des Internetverkehrs, von autoritären Regimen missbraucht werden, um unter dem Deckmantel der Kriminalitätsbekämpfung gegen Aktivist*innen und Oppositionelle vorzugehen. Um dies zu verhindern, müssen die Menschenrechte als Referenzrahmen gestärkt werden, fordert Dr. Mischa Hansel im Global Governance Spotlight 5|2021.

der Diplomat*innen für die Führung von Verhandlungen zur Verfügung steht. Sie argumentierte, dass dies in einigen Fällen zu einer größeren Inklusivität führen könne. Kurbalija ergänzte, dass virtuelle und persönliche Formate kombiniert werden könnten. Physische Treffen könnten dazu genutzt werden, Vertrauen aufzubauen, während technischere Verhandlungen online stattfinden könnten.

Herausforderungen virtueller und hybrider Verhandlungen

Ein Risiko virtueller Verhandlungsformate liege darin begründet, wem die Plattformen, auf denen sie stattfinden, gehören. Sie befänden sich oft im Besitz privater Unternehmen, z. B. amerikanischer Big-Tech-Firmen, so Höne. Da es in der Diplomatie um Angelegenheiten von öffentlichem Interesse gehe, sei es problematisch, wenn diplomatische Informationen auf privaten, unsicheren Online-Servern gespeichert werden. Die Referierenden sprachen sich daher für eine unabhängige Open-source-Plattform aus, die von den Vereinten Nationen betrieben und nur für diplomatische Zwecke genutzt werden sollte.

Beide Redner*innen gaben abschließend zu bedenken, dass menschliche Interaktion und persönliche Kontakte auch in Zukunft unerlässlich sein werden. Die Mittel, mit denen diese Kernfunktion der Diplomatie erfüllt werde, änderten sich jedoch ständig. Dies sei nicht ausschließlich auf die Pandemie zurückzuführen, werde aber durch sie beschleunigt. Diplomat*innen würden sich noch häufiger an neue Arbeitsbedingungen anpassen müssen. Wie Moderatorin Stephanie Liechtenstein abschließend bemerkte, werde dies hoffentlich bedeuten, dass der erste Satz der Staatsoberhäupter, wenn sie in Zukunft zu Online-Sitzungen zusammenkommen, nicht mehr „Hallo, können Sie mich hören?“ laute.

Globale Trends. Analysen 03|2021

KI-Regulierung in einen globalen Einklang bringen: Lehren aus der aktuellen Praxis

Amandeep Singh Gill



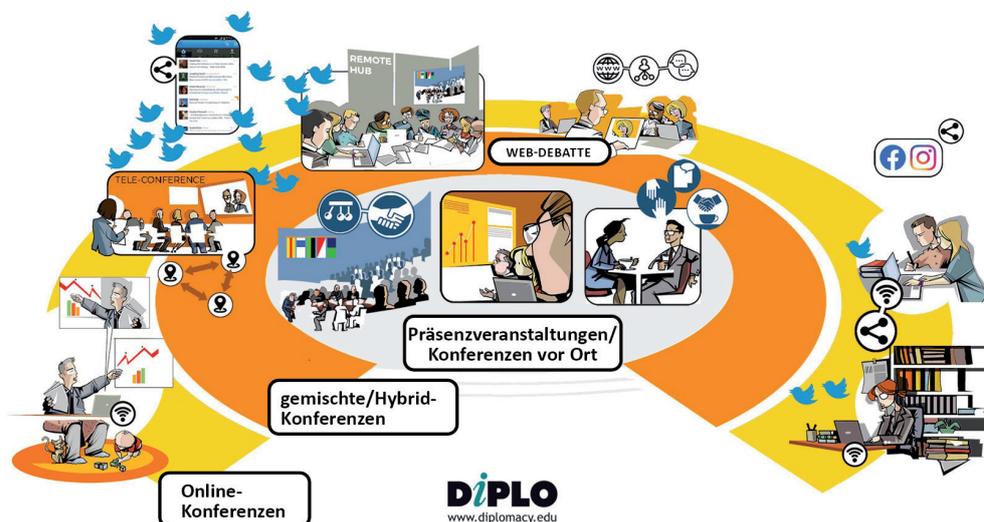
Daten und künstliche Intelligenz (KI) als globale Gemeingüter anzusehen, könnte entscheidend dazu beitragen, dass diese Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts der gesamten Menschheit zugutekommen. Bemühungen, die Entwicklung und Regulierung von KI voranzutreiben, sind bisher jedoch stark fragmentiert. Daraus ergeben sich nicht nur Risiken, sondern auch entgangene Chancen.

Wie Amandeep Singh Gill in GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 3|2021 erläutert, bedarf es eines systemischen Denkens, um die Grenzen und Zielkonflikte in jeder Phase der KI-Entwicklung auszuloten, die menschliche Verantwortung und Rechenschaftspflicht zu stärken und nach der Nutzung Rückmeldung an die Politik zu geben. In der öffentlichen Verwaltung gilt es, den gesamten Lebenszyklus künstlicher Intelligenz in den Blick nehmen. Global gesehen könnten ein ganzheitlicher Gemeingüter-Ansatz, geteilte Werte, eine gemeinsame Sprache und öffentliche digitale Infrastrukturen dazu beitragen, die Governance von KI besser abzustimmen und ihre Potenziale zu entfalten.

Eine Aufzeichnung der sef: Session beim **Deutsche Welle Global Media Forum 2021** ist hier verfügbar: https://www.youtube.com/watch?v=gi1_yBbsjY&t=7s.



Instrumente der hybriden Diplomatie: Vielfältige Methoden, effektive Verfahren



Quelle: www.diplomacy.edu

Programmbereich B

Nachhaltige Entwicklung: Mit der Agenda 2030 zum Systemwandel

Digitalisierung für friedliche Entwicklung: Chancen durch regionale Kooperation in und mit Afrika

Die Digitalisierung in Afrika läuft auf Hochtouren. Online-Tools können Menschen zusammenbringen und dazu beitragen, Gewalt zu verhindern. Die Teilnahme an demokratischen Prozessen wird einfacher und inklusiver. Soziale Bewegungen vernetzen sich zunehmend online und bewirken Veränderungen in ländlichen und städtischen Regionen. Gleichzeitig verbreiten sich Hassparolen im Internet in noch nie dagewesener Geschwindigkeit, autoritäre Regierungen nutzen neue Technologien, um ihre Bürger*innen zu kontrollieren, und extremistische Gruppen rekrutieren Mitglieder online. Die vielfältigen Auswirkungen der Digitalisierung auf friedliche Entwicklung in Afrika standen im Mittelpunkt der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2021 der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:). Sie fanden an drei Nachmittagen, vom 10. bis 12. Mai 2021, online statt.

Hassparolen im Internet – Gewalt im realen Leben

Online-Hassparolen haben in vielen afrikanischen Ländern schreckliche Folgen im realen Leben. Nanjala Nyabola, Forscherin und Autorin aus Nairobi, erläuterte am Beispiel des aktuellen Konflikts in Äthiopien, wie Hass im Internet häufig in reale Gewalt auf der Straße umschlägt. Online-Medien tragen beispielsweise zur Ausbreitung von Gewalt bei, wenn Nachrichten über Tötungen geteilt werden und daraufhin gezielte Vergeltungsmorde stattfinden. Die Reichweite und Geschwindigkeit dieser sich wechselseitig anheizenden Prozesse ist weitaus größer als vor der Existenz des Internets und sozialer Medien.

Organisationen der Zivilgesellschaft haben innovative Methoden entwickelt, um mit diesen Herausforderungen umzugehen. So bietet beispielsweise die #defyhatenow-Kampagne im Südsudan und anderen Ländern datengestützte Lösungen zur Bekämpfung von Hassparolen und Fehlinformationen im Internet. Wie Programmdirektor Nelson J. Kwaje erklärte, hat die Kampagne auch dazu beigetragen, gefährliche Mythen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie zu entlarven.

Das Unternehmen Tuwindi aus Mali bietet Nutzer*innen Apps an, mit denen sie online verbreitete Informationen auf ihre Richtigkeit überprüfen können, wodurch die Gefahr von Falschmeldungen reduziert wird. CEO Tidiani Togola stellte außerdem eine App vor, die vor Wahlen verlässliche politische Informationen online zur Verfügung stellt, damit die Nutzer*innen fundierte Entscheidungen treffen

können. Ein weiteres Beispiel ist das Humanitarian OpenStreetMap Team (HOT), das Online-Kartenmaterial nutzt, um schnell und präzise auf Naturkatastrophen oder Gewaltausbrüche reagieren zu können.

Macht und Verantwortung von Technologieunternehmen

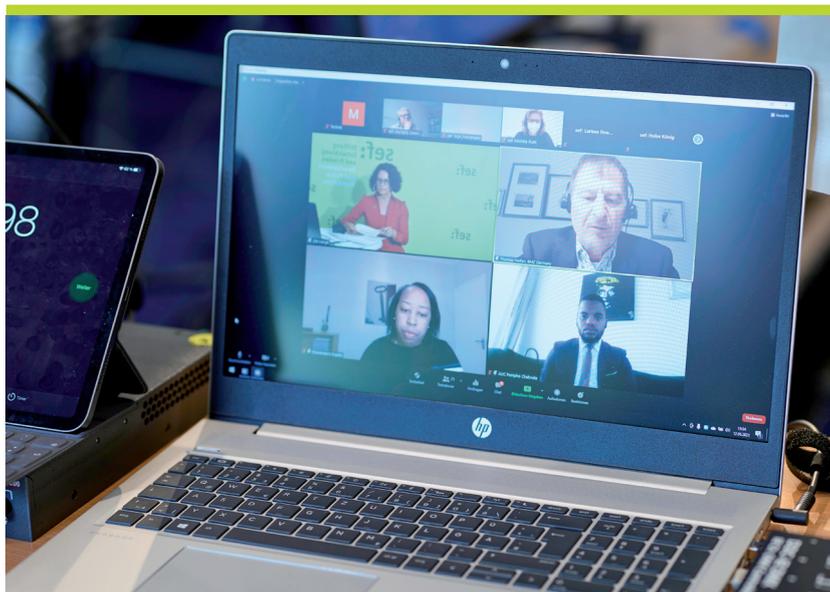
Dr. Nicole Stremmlau, Programmleiterin an der Universität Oxford und Professorin an der Universität Johannesburg, ergänzte, dass Technologieunternehmen der Gewalt im Internet in Afrika viel weniger Aufmerksamkeit schenken als in anderen Teilen der Welt. Ein Grund dafür ist, dass viele Hassparolen in lokalen Sprachen geschrieben werden, die von den



Nanjala Nyabola, Autorin und freie Wissenschaftlerin aus Nairobi, bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2021

Unternehmen nicht ausreichend beachtet werden. Ihnen fehlen Sprachkompetenzen für ein effektives Community-Management, und die Algorithmen funktionieren in diesen Sprachen nicht. Folglich können Hassparolen in Afrika oft nicht einmal effizient gemeldet, geschweige denn sanktioniert oder verhindert werden. Dies ist bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass viele dieser Sprachen, wie Amharisch, Hausa und Somali, von mehreren zehn Millionen Menschen gesprochen werden.

Ebenso kritisch äußerte sich Stremlau über die wachsende Macht europäischer Unternehmen wie Vodafone und Orange in Afrika. Im Gegensatz zu größeren europäischen Ländern, die über politische Strukturen verfügen, um den Einfluss von Big Tech-



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2021: Ute Lange (Moderation), Thomas Helfen, Pempho Chabvuta und Muneinazvo Kujeko im Gespräch (im Uhrzeigersinn)

Unternehmen auf ihren heimischen Märkten einzuschränken, könnten viele kleine afrikanische Länder dies nicht leisten. Hier ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit erforderlich, da supranationale Organisationen möglicherweise Rahmenbedingungen festlegen können, um die weitreichende Macht dieser ausländischen Unternehmen in Schach zu halten.

Stremlau forderte darüber hinaus ein stärkeres Engagement der Afrikanischen Union (AU). Dies könnte eine vielversprechende Gelegenheit für eine Zusammenarbeit zwischen der AU und der Europäischen Union sein, die bereits Strategien zum Umgang mit diesen Themen entwickelt hat. Als Vertreter der Europäischen Kommission bestätigte Marc Fiedrich, dass die beiden Kontinente vor vielen ähnlichen Herausforderungen im Kampf gegen Gewalt im Internet stehen, und verwies auf regelmäßige Dialoge zwischen EU und AU zur wirkungsvollen Regulierung sozialer Medien. Er fügte hinzu, dass Afrika jedoch nicht einfach Europa kopieren sollte, da auch Europa immer noch nach Antworten in diesem schnelllebigen Bereich suche. Viele politische Strategien müssten angesichts der rasanten Entwicklung der Digitalisierung möglicherweise in einigen Jahren angepasst werden.

Kommunikation im Internet regulieren – Meinungsfreiheit erhalten

Wenn Regierungen zur Intervention bei digitalen Konflikten aufgefordert werden, kann ein Dilemma entstehen: Wie kann die Kommunikation im Internet reguliert werden, ohne demokratische Errungen-

schaften wie die Meinungsfreiheit zu gefährden? Nanjala Nyabola warnte davor, dass Regierungen die Macht, die man ihnen zur Regulierung der Online-Kommunikation gibt, in erster Linie gegen Kritiker*innen des Staates einsetzen könnten, um unliebsame Aktivist*innen zum Schweigen zu bringen. Dr. Julia Leininger, Programmleiterin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik, bestätigte, dass digitale Werkzeuge es „Autokraten erlauben könnten, noch autokratischer zu werden“, indem sie ihnen ermöglichen, Daten zu sammeln und Überwachungstechnologien zu verbessern. Als besonders besorgniserregendes Beispiel verwies sie auf den Fall, in dem die chinesische Regierung Gesichtserkennungssoftware an die autoritäre Regierung von Simbabwe verkaufte, die diese zur Überwachung der Menschen in der Hauptstadt Harare einsetzte. Im Gegenzug stellte die Regierung die so erfassten Daten dem chinesischen Softwareunternehmen zur Verfügung, das sie zur Verbesserung seiner Algorithmen und Softwarefunktionen nutzte.

Leininger warnte ferner, dass bei einer zunehmenden Digitalisierung von Wahlen Manipulationen und Wahlfälschungen einfacher werden könnten. Technologieunternehmen, die digitale Wahlmanagement-Tools bereitstellen, könnten leicht von Politiker*innen beeinflusst werden, vor allem, wenn Regierungen große Anteile der Unternehmen besitzen. Dies würde Politiker*innen besonders anfällig für Korruption machen. Seitens der Zivilgesellschaft gibt es Versuche, solch negatives Verhalten zu unterbinden, indem beispielsweise das Handeln von Politiker*innen beobachtet wird und diese Informationen digital verfügbar gemacht werden (siehe Box). Auf diese Weise können digitale Werkzeuge auch zu mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Regierungsführung beitragen.

Die Aktivitäten ghanaischer Parlamentsabgeordneter beobachten: Odekro

Die in Accra ansässige gemeinnützige Organisation Odekro überprüft die Aktivitäten der Parlamentsabgeordneten in Ghana und stellt die Informationen den Bürger*innen digital zur Verfügung. Auf diese Weise können die Wähler*innen verfolgen, wofür ihre gewählten Vertreter*innen stimmen, welche Aussagen und Reden sie halten und wie oft sie an Parlamentssitzungen teilnehmen. So können die Bürger*innen fundierte Wahlentscheidungen treffen. Wie der Leiter von Odekro, Nehemiah Attigah, erklärte, wurde in einem Fall entdeckt, dass 19 „schweigende Abgeordnete“ sich in vier Jahren im Parlament kein einziges Mal zu Wort gemeldet hatten. Als diese Daten veröffentlicht wurden, verloren 12 von ihnen bei der nächsten Wahl ihren Sitz.

Afrikas Jugend durch Digitalisierung eine Perspektive bieten

Wenn Afrika florieren soll, muss seine junge Bevölkerung Aussicht auf ein ausreichendes und stabiles Einkommen haben. Mit einer De-facto-Arbeitslosenquote von rund 20% und einer extrem hohen Erwerbsarmutsquote von 40% ist man davon jedoch noch sehr weit entfernt. Das macht junge Menschen anfälliger für den Einfluss gewalttätiger Gruppen. Wie Nelson Kwaje feststellte, „suchen sich kriminelle Organisationen genau die Menschen als Zielgruppe aus, die historische Ungerechtigkeiten, Ausgrenzung, Identitätskrisen und wirtschaftliche Probleme erlebt haben“. Junge Menschen, die sich extremistischen Gruppen anschließen, sind daher oft Täter und Opfer zugleich.



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2021: Impressionen vom Mogadishu Tech Summit, organisiert von iRise Hub, Somalia

Abdihakim Ainte, Mitbegründer des iRise Hub in Mogadishu, kennt diese Schwierigkeiten aus eigener Erfahrung. Seine Organisation versucht, jungen Unternehmer*innen in Somalia Geschäftsmöglichkeiten zu bieten, zum Beispiel durch die Organisation des Mogadishu Tech Summit, einer wichtigen Netzwerkveranstaltung für somalische Start-ups. Er bestätigte, dass gewalttätige Gruppen junge Menschen, die meist aus stark benachteiligten Familien in ländlichen Regionen stammen, sowohl „nutzen als auch für ihre Ziele missbrauchen“.

Dem versucht iRise durch gezieltes Empowerment und die Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten entgegenzuwirken. Auch die Aspilos Foundation aus Nigeria versucht gezielt, jungen Menschen digitale Kenntnisse zu vermitteln, die ihnen auf dem Arbeitsmarkt helfen (siehe Box). Im Verlauf der dreitägigen Konferenz wurde deutlich, dass es erforderlich sein wird, die digitale Welt langfristig zu gestalten. Wie Nanjala Nyabola feststellte, brauchen die Herausforderungen im digitalen Raum Entschlossenheit und

Junge Menschen in Nigeria mit digitalen Kenntnissen ausstatten: die Aspilos Foundation

Die Non-Profit-Organisation Aspilos Foundation hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen in Nigeria zu stärken, indem sie ihnen digitale Kompetenzen, Programmierkenntnisse und Data Science vermittelt. Der Fokus liegt auf jungen Frauen und Mädchen aus ländlichen oder halbländlichen Regionen, mit dem Ziel, sie für Jobs in der digitalen Wirtschaft zu qualifizieren. Geschäftsführerin Simi Olusola erklärte, dass Aspilos bereits mehr als 500 junge Menschen in sechsmonatigen Kursen unterrichtet hat, an die sich Mentorenprogramme und Praktikumsplätze anschließen.



Ausdauer, um sie auf die gleiche Weise zu gestalten, wie die Offline-Medien über einen langen Zeitraum hinweg gestaltet worden sind. Weder eine „Hände weg-Mentalität“, die viele Regierungen in der Vergangenheit an den Tag gelegt haben, noch ein naives „technologieutopisches Vertrauen“ (Stremlau) in der Hoffnung, dass digitale Innovationen unsere Probleme auf magische Weise lösen werden, sind geeignet, die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen. Die Digitalisierung ist weder Afrikas Untergang (oder der Untergang der Menschheit) noch seine Rettung. Sie ist das, was Regierungen und Gesellschaften aus ihr machen.

’Gbenga Sesan, Direktor der Paradigm-Initiative in Nigeria, brachte dies abschließend so auf den Punkt: „Es gibt immer noch Grund zum Optimismus, aber auch eine Kluft zwischen Optimismus und Realität. Darin liegt die Arbeit, und sie liegt bei den Nationalstaaten.“

Mehr Informationen zu den **Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2021** und Video-Highlights sind verfügbar unter: <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/potsdamer-fruehjahrsgespraech/2021>.



Gemeinwohlorientierte Digitalisierung und das geplante E-Commerce-Abkommen der WTO

Die Digitalisierung hat den internationalen Handel grundlegend verändert, doch entsprechende Regeln fehlen weitgehend. Im Jahr 2019 haben die „Friends of E-Commerce“, eine Gruppe von mittlerweile 86 Staaten, informelle Verhandlungen über ein mögliches Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) zum elektronischen Handel aufgenommen. Während die Mitglieder der Gruppe in einigen Fragen bereits eine Annäherung erreicht haben, sind



Sven Hilbig, Referent für Handelspolitik und Digitalisierung bei Brot für die Welt, Berlin, beim sef: Policy Lunch

andere Themen nach wie vor sehr umstritten. Aus gesellschafts- und entwicklungspolitischer Sicht sind die weitere Liberalisierung des E-Commerce, insbesondere die Institutionalisierung des vermeintlich freien Datenverkehrs, und die Zollbefreiung für den digitalen Handel höchst umstritten, wie die lebhafteste Debatte auf dem sef: Policy Lunch (online) im November 2021 zeigte.

Sven Hilbig, Senior Policy Advisor bei Brot für die Welt in Berlin, erinnerte zunächst an die Anfänge der Liberalisierung des elektronischen Handels. Sie begann 1998 mit dem Informationstechnologieabkommen und der Erklärung zum globalen elektronischen Handel, die zu einem Zollverbot für IT-Güter bzw. einem Zollmoratorium für immaterielle digitale Güter führten. Dies habe sich für die Entwicklungsländer als nachteilig erwiesen – eine Erfahrung, die die Weigerung der Entwicklungsländer, der WTO ein offizielles Verhandlungsmandat für ein E-Commerce-Abkommen zu erteilen, erkläre.

Digitale Kluft und Handelsungleichgewichte

So argumentieren die Gegner eines Abkommens, dass aus entwicklungspolitischer Sicht zunächst die Herausforderung der digitalen Kluft mit ihren physischen (Infrastruktur), sozialen (Bildung) und rechtlichen (Regulierungsrahmen) Komponenten angegangen werden müsse. Sie befürchten insbesondere, dass globale Liberalisierungsregeln die

Fähigkeit der Nationalstaaten untergraben könnten, ihre eigenen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die digitale Kluft spiegelte sich auch in den laufenden Verhandlungen wider, so Hilbig. 70% des bisherigen Verhandlungstextes beruhten auf den Vorschlägen von nur sieben Ländern (USA, China, Japan, Südkorea, Singapur, Chile und Kanada) und der EU, während die Entwicklungsländer keine einzige Zeile beigetragen hätten.

Hilbig wies auch auf das Ungleichgewicht im globalen digitalen Handel hin, an dem Lateinamerika und die Region Afrika/Naher Osten jeweils nur einen Anteil von 1% haben (Stand 2017). Dennoch ist die Zollbefreiung digitaler Güter eine große Herausforderung für viele Entwicklungsländer, deren Staatshaushalte besonders auf Zolleinnahmen angewiesen sind. 90% des digitalen Umsatzes werde von 70 Plattformen allein aus zwei Ländern, den USA und China, generiert, so Hilbig weiter. Dies führe direkt zu der Frage, wie frei ein „freier“ Datenfluss unter diesen Umständen sein könne, da diese Daten letztlich den Unternehmen gehörten und damit weder frei noch für alle nutzbar seien. Ein Verbot der Datenlokalisierungspflicht würde sich gegen Staaten richten, die lokal gesammelte Daten auf lokalen Plattformen als öffentliche Güter speichern wollen. Damit würde dem globalen Süden eine wichtige Ressource für das 21. Jahrhundert vorenthalten.



Sanya Reid Smith, Rechtsberaterin und Senior Researcher vom Third World Network aus Genf beim sef: Policy Lunch

Weitere nachteilige Auswirkungen des Abkommens erwartet

Sanya Reid Smith, Rechtsberaterin beim Third World Network in Genf, wies auf weitere Unzulänglichkeiten des möglichen Abkommens sowie auf weitgehend unvorhersehbare Folgen hin, die Verbraucher*innen in aller Welt betreffen würden. Wie sie erklärte, hätten sich die Verhandlungspartner u.a. bereits darauf geeinigt, dass es den Unternehmen überlassen bleiben soll, wie sie ihre Transaktionen absichern.

Dies würde bedeuten, dass die Standards der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde für Zahlungsdienste abgeschafft werden müssten. Das Verbot der Datenlokalisierung wiederum sei nicht nur eine Bedrohung für die lokale Nutzung von Daten und für Datenschutzvorschriften, sondern könnte auch



Starker Auftrieb für den elektronischen Handel in der Pandemie
© istock.com/Tevarak

die Annahme von Vorschriften behindern, die eine lokale Speicherung von Steuerunterlagen vorschreiben. Dies würde die Regierungen der Möglichkeit der Kontrolle berauben, sagte Smith.

Die EU als Befürworterin eines E-Commerce-Abkommens

Diese Kritik führte direkt zu der Frage, welche Vorteile sich die EU von dem Abkommen erhofft. Maija Celmiņa aus dem Team von Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis erklärte, dass die EU in ihrer neuen Handelsstrategie einen Schwerpunkt auf den digitalen Handel gelegt habe. Die Pandemie habe deutlich gezeigt, dass die bestehenden Regeln aktualisiert werden müssten; die EU unterstütze daher die Bemühungen um ein Abkommen über den elektronischen Handel. Sie äußerte die Hoffnung, dass die Verhandlungen bis Ende 2022 abgeschlossen werden können.

Parallel dazu arbeite die EU an der digitalen Souveränität und beabsichtige, einen europäischen Datenraum zu schaffen, so Celmiņa. Es müsse daher anerkannt werden, dass die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) oder ein starker Schutz privater Daten weltweit in eine digitale Handelsstrategie integriert werden müsse. Celmiņa zeigte sich zuversichtlich, dass die neue WTO-Generaldirektorin die Anliegen der Entwicklungsländer bei den Verhandlungen berücksichtigen wird.

Hilbig erinnerte daran, dass es die Aufgabe der WTO ist, die Liberalisierung des Handels zu fördern – und

Global Governance Spotlight 3|2021

Entwicklungschance vs. digitaler Kolonialismus – Zum geplanten WTO-Abkommen zu digitalem Handel

Sven Hilbig



Seit der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) 2017 in Buenos Aires drängen die „Freunde des E-Commerce“ auf ein umfassendes neues Abkommen zu digitalem Handel. Wird das geplante Abkommen bestehende Ungleichheiten zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden weiter verschärfen, wie viele Entwicklungsländer und NGOs befürchten? Welche globalen Rahmenbedingungen wären erforderlich, um eine eigenständige Digitalwirtschaft im Globalen Süden zu ermöglichen? Diese Fragen diskutiert Sven Hilbig von Brot für die Welt im Global Governance Spotlight 3|2021.

nicht, den Handel im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu regulieren. Für eine faire Digitalisierung sei das Dateneigentum der Schlüssel, sagte er. Daher sollte der politische Spielraum der Entwicklungsländer erweitert und nicht eingeschränkt werden, damit sie ihre Daten und ihre Unternehmen schützen können. Die Frage, ob digitaler Protektionismus der richtige Weg ist, führte zu einer intensiven Debatte unter den Teilnehmenden. Auch zeigte sich die Notwendigkeit neuer Ansätze zur Besteuerung des digitalen Handels. Einigkeit herrschte darüber, dass eine breitere öffentliche Debatte über die vielfältigen Auswirkungen eines möglichen E-Commerce-Abkommens dringend notwendig ist, ebenso wie über die Möglichkeiten, den digitalen Handel auch außerhalb des WTO-Rahmens im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gerecht zu gestalten.

Das Weltnaturschutzabkommen: Ein wichtiger Baustein für die lokale Umsetzung der Agenda 2030

Die UN-Biodiversitätskonvention (CBD) verhandelt 2021/2022 ein neues Weltnaturschutzabkommen, das den dramatischen Verlust von Artenvielfalt und Ökosystemen weltweit aufhalten soll. Die Bedeutung des Abkommens wird mit der des Klimaabkommens



Bonn Symposium 2021: Eröffnung des abendlichen Empfangs im Alten Rathaus Bonn durch Oberbürgermeisterin Katja Dörner

von Paris 2015 verglichen – schließlich ist der Erhalt der biologischen Vielfalt von zentraler Bedeutung für die menschlichen Lebensgrundlagen und somit ein wichtiger Baustein zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Für Städte und Gemeinden gibt es zahlreiche Möglichkeiten, zum Schutz der Biosphäre beizutragen und gleichzeitig die Lebensqualität ihrer Bürger*innen zu verbessern. Dazu gehören der Schutz der regionalen Flora und Fauna, die Förderung einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise, die Einrichtung kommunaler Biodiversitäts- und Nachhaltigkeitsstrategien sowie die Bewusstseins-schaffung in der Bevölkerung. Über diese Chancen diskutierten mehr als 100 Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beim Bonn Symposium 2021, das auf dem UN-Campus in Bonn produziert wurde. Eingeladen zur zweiten Online-Ausgabe der Veranstaltung hatte die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) gemeinsam mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global.

Multiple Krisen und der Weg zu einem neuen Weltnaturschutzabkommen

Die Klimakrise, die Coronakrise, die Ernährungs-krise und zahlreiche Naturkatastrophen stehen alle direkt oder mittelbar mit der Zerstörung von Ökosystemen und biologischer Vielfalt in Zusammenhang. Diese

Herausforderungen sind nicht getrennt voneinander zu betrachten, sondern nur mit einem ganzheitlichen Ansatz zu bewältigen. So lautete der eindringliche Appell von Professor Josef Settele, Departementleiter des Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) und Mitglied des Sachverständigenrates für Umweltfragen der deutschen Bundesregierung. Settele führte weiter aus, dass der Mensch durch die Abholzung von Urwäldern und die ungebremste Ausdehnung der Landwirtschaft die perfekten Bedingungen dafür schaffe, dass Krankheitserreger vom Tier auf den Menschen überspringen. Es gebe rund 1,7 Millionen nicht identifizierte Viren, die die nächste Pandemie auslösen könnten. Somit sei ein Weltnaturschutz-abkommen auch als Beitrag zu einer zukünftigen Pandemieprävention zu verstehen.

Professor Thomas Hildebrandt, Abteilungsleiter beim Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin, erläuterte anschließend, warum auch einzelne Tierarten von essenzieller Bedeutung für uns Menschen sind. Sogenannte „Schlüsselarten“ könnten bei ihrem Verschwinden ganze Ökosysteme zum Zusammenbrechen bringen, was sich fatal auf den Menschen auswirke. Das Wissen um die Bedeutung der biologischen Vielfalt als Lebensgrundlage für den Menschen sei in indigenen Gesellschaften sehr präsent, berichtete Lucy Mullenkei, Direktorin des Indigenous Information Network in Kenia. Die Menschen hätten häufig ein ganzheitliches Verständnis darüber, dass die Gesundheit des Menschen auf komplexe Art und Weise mit der Gesundheit von Tieren, Pflanzen und unserer gemeinsamen Umwelt verbunden ist. Dies ist nichts anderes als der „One Health“-Ansatz, der in westlichen Gesellschaften derzeit vermehrt als innovativer Lösungsansatz verkauft wird.

Basile van Havre aus Montréal in Kanada sprach ebenso wie Settele von einer Triple-Krise, bestehend aus Klimawandel, Artensterben und Pandemien. Er ist Co-Chair der Arbeitsgruppe der UN-Biodiversitätskonvention (CBD), die den Textentwurf des neuen Weltnaturschutzabkommens überarbeitet, das 2022 von den Vertragsstaaten verabschiedet werden soll. Bei der Umsetzung kämen besonders Städte und Gemeinden ins Spiel, da es auf lokaler Ebene zahlreiche Anknüpfungspunkte gebe, um zum Erhalt der Biodiversität beizutragen. Laut van Havre könne das neue Weltnaturschutzabkommen noch bessere Rahmenbedingungen für Städte setzen, um positive Veränderungen anzustoßen.

Die lokale Ebene in den internationalen Verhandlungsprozessen

Lokale Entscheider*innen sind aber nicht nur für die Umsetzung relevant, sie können sich in den interna-

tionalen politischen Prozess einbringen, erklärte die stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI – Local Governments for Sustainability, und Direktorin des Cities Biodiversity Center, Kobie Brand. Seit 2006 organisiere ICLEI zu diesem Zweck die Teilnahme lokaler Regierungen an UN-Gipfeln im Klima- oder Biodiversitätsbereich, u.a. mit offiziellen Parallelveranstaltungen bei den Vertragsstaatenkonferenzen. Brand betonte, dass noch vor einigen Jahren Städte und Natur als Gegensätze betrachtet worden seien, während sie heute zunehmend als komplementär gesehen würden. Cheryl Jones Fur, Vizebürgermeis-



Thomas Hildebrandt und Moderatorin Merjam Wakili im Studio, UN Campus Bonn

terin der Stadt Växjö in Schweden, bestätigte dies aus Sicht ihrer Kommune. In Umfragen sei der Zugang zur Natur immer wieder als wichtigster Aspekt für die Lebensqualität in Växjö genannt worden und zwar von Bürger*innen ebenso wie von Unternehmen.

Ähnliches schilderte Jacqueline Samson, Direktorin für Planung, Entwicklung und menschliche Siedlungen aus Drakenstein in Südafrika. Die Kommune habe mit umweltnahen Projekten im städtischen Bereich zahlreiche Investoren angezogen und Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung geschaffen. Drakenstein verbindet seit 8 Jahren eine erfolgreiche kommunale Klimapartnerschaft mit der Stadt Neumarkt in der Oberpfalz, die von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) gefördert wird. Seit 2011 wurden in diesem Rahmen über 80 Partnerschaftsprojekte durchgeführt, die Kommunen aus dem Globalen Norden und Süden die Möglichkeit zum internationalen Wissenstransfer bieten. Gerade in den Bereichen der Biodiversität und des Klimawandels lohnt sich dies für Kommunen aus dem Norden, da südliche Regionen häufig schon länger und stärker vom Klimawandel betroffen sind und bereits Fortschritte in der Anpassung gemacht haben.

Lösungsansätze von Kommunen und aus der Privatwirtschaft

Progressive Kommunen auf der ganzen Welt machen vor, welche innovativen Möglichkeiten es auf lokaler Ebene für den Schutz der Biosphäre gibt. Beim Bonn

Symposium erklärte beispielsweise Dr. Darla Nickel von der Berliner Regenwasseragentur, wie Berlin zur „Schwammstadt“ umgebaut werden soll. Saul Roux, Manager für Nachhaltigkeit und Umweltplanung in Kapstadt, stellte den systematischen Naturschutzplan „BioNet“ der Stadt vor, der 34% der Stadtfläche umfasst und regelmäßig bei der städtischen Raumplanung und Bauprojekten konsultiert werde. Auch Vertreter aus Bad Saulgau, Landeshauptstadt der Biodiversität von Baden-Württemberg, sowie aus Lilongwe, der Hauptstadt von Malawi, erläuterten ihre ganzheitlichen Biodiversitätskonzepte.

Ebenso kann und muss die Wirtschaft ein starker Partner für den Erhalt des „Naturkapitals“ (der Biodiversität) sein. Laut World Economic Forum (WEF) ist die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts abhängig von der Natur und ihren Leistungen. Dr. Hans-Dietrich Reckhaus, transformierender Gesellschafter der Firma Reckhaus, hat in seinem Unternehmen besonders progressive Maßnahmen ergriffen, um sich dem dramatischen Verlust der biologischen Vielfalt entgegenzustellen. Sein Familienunternehmen stellt seit 60 Jahren Biozide für den Innenraum her. Er transformierte es zu einem Unternehmen, das Insekten schützen will, statt sie zu vernichten, und gründete die Initiative Insect Respect, die Lebensräume von Insekten erhält und über ihre Wichtigkeit aufklärt.

Professor Volker Mosbrugger, Präsident der Polytechnische Gesellschaft Frankfurt und ehemaliger Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, lobte Reckhaus' mutiges Vorgehen. Er räumte gleichzeitig ein, dass eine so radikale Richtungsänderung für viele Unternehmen, die Verantwortung für Tausende Mitarbeitende tragen, nicht möglich sei. Stattdessen brauche es einen ganzheitlichen Wandel der globalen Wirtschaftsweise.

Umweltschutz oder Umweltnutzung? Zielkonflikte und ganzheitliche Ansätze

Einer progressiven Politikgestaltung stehen häufig Zielkonflikte und unterschiedliche Interessen entgegen. So spricht auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) in seinem letzten Hauptgutachten von einem „Trilemma der Landnutzung“ zwischen Klimaschutz, Biodiversitätserhaltung und Ernährungssicherung. Die Vorsitzende, Professorin Karen Pittel, betonte, man müsse weg vom abgetrennten Silodenken hin zu einer „integrativen Politikgestaltung“, die alle drei Krisen gleichzeitig adressiere.

Welche Herausforderungen diesem Anspruch im täglichen Politikgeschehen entgegenstehen, schilderte Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung in Nordrhein-Westfalen. Als Beispiel nannte sie den Ausbau der Windenergie, bei dem der Anspruch, mehr erneuerbare Energie zu erschließen, häufig mit vielfältigen Bedenken in Kon-

flikt stehe. Hier lohne es sich, vertieft ins Gespräch einzusteigen und die Positionen aller Seiten ernst zu nehmen, um nachhaltige Lösungen zu finden. Eine aggressive „Entweder-Oder-Haltung“, die häufig in der öffentlichen Debatte vorherrsche, sei nicht zielführend.

Mrinalini Rai, Direktorin von Women4Biodiversity, erweiterte die Debatte um eine globale Perspektive und betonte, dass bei vielen Zielkonflikten auf internationaler Ebene nicht nur unterschiedliche politische Interessen gegeneinander abgewogen werden müssten, sondern auch Menschenrechte auf dem Spiel stünden – etwa von armer Landbevölkerung oder indigenen Gruppen.

Schlussfolgerungen: Psychologie, ganzheitliches Denken und lokale Lösungsansätze

Im Verlauf der Konferenz wurde immer wieder deutlich, worauf es bei der Vermittlung der Bedeutung von biologischer Vielfalt ankommt. Es geht um adressatengerechte und persönliche Kommunikation, spannende Geschichten und einprägsame Bilder sowie gute Öffentlichkeitsarbeit. Menschen müssen auf emotionaler Ebene erreicht werden, um sie langfristig für das Thema zu gewinnen und Einstellungs- oder Handlungsveränderungen anzuregen.

einige Klimaschutzmaßnahmen schädlich für den Artenschutz sein könnten.

Der lokalen Ebene kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Schließlich sind Städte und Gemeinden der Ort, an dem sich Menschen zu Hause fühlen und der ihnen am Herzen liegt. Hier sind sie empfänglich für emotionale Botschaften und innovative Ansätze zum Schutz biologischer Vielfalt, was im besten Fall zu einer langfristigen und nachhaltigen Veränderung im Denken und Handeln führt. Zudem ist die kommunale Ebene der Ort, an dem verschiedene Politikbereiche, die Wirtschaft und gesellschaftliche Akteure eng zusammenarbeiten (müssen). Dass es dafür zahlreiche innovative Ideen gibt, hat das Bonn Symposium 2021 eindrucksvoll demonstriert.

Videomitschnitte, Präsentationen und einen ausführlichen Bericht zum **Bonn Symposium 2021** finden Sie unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/bonn-symposium/2021>.



Merjam Wakili (Moderation), Karen Pittel, Mrinalini Rai und Ina Scharrenbach (v.l.n.r.)

Eine weitere wiederkehrende Forderung war die nach siloübergreifender Zusammenarbeit und einer ganzheitlichen Betrachtung der multiplen Krisen. Erste Fortschritte in diese Richtung zeichnen sich ab. Während der Klimakonferenz COP26 in Glasgow fand erstmalig ein „Tag der Natur“ (Nature Day) statt, um aufzuzeigen, dass Biodiversitäts- und Klimaschutz zusammen gedacht werden müssen. Der Weltklimarat IPCC und der Weltbiodiversitätsrat IPBES haben zudem 2021 zum ersten Mal einen gemeinsamen Report vorgelegt, der davor warnt, dass

„Aufbruch in die Welt von morgen“: Parlamentarisches Frühstück

Flutkatastrophen, Waldbrände, Hitzewellen und Corona: Die Häufung dieser dramatischen Ereignisse in den Jahren 2020/21 hat eindringlich gezeigt, dass ein rasches und entschlossenes Handeln auf allen Ebenen der Politik erforderlich ist, um die schlimmsten Folgen des Klimawandels und des Verlustes biologischer Vielfalt zu begrenzen. Die schiere Größe dieser Aufgabe, das globale Ausmaß und die vielfältigen Wechselwirkungen lassen jedoch an den eigenen Möglichkeiten zweifeln.

Bei einem Parlamentarischem Frühstück im Landtag von Nordrhein-Westfalen, im Rahmen der Reihe „Der sef: Beirat im Gespräch“, zeigte die Transformationsforscherin Prof. Dr. Maja Göpel, Mitglied im sef:



sef: Beirat im Gespräch: Begrüßung durch Angela Freimuth MdL, Vizepräsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

Beirat, am 5. November 2021 auf, wie der „Aufbruch in die Welt von morgen“ durch neue Denkansätze und konkrete Maßnahmen gelingen kann.

Weg von der ökonomischen Brille

Die Globalisierung habe zu mehr Wohlstand, aber auch einem immer größeren Ressourcenverbrauch geführt, erläuterte Göpel eingangs. Eine wichtige Erkenntnis der letzten Jahre sei es, dass wir Trends früher erkennen sollten. Je später wir auf negative Entwicklungen reagierten, desto drastischer müssten die Maßnahmen ausfallen. So sei eine globale CO₂-Steuer ökonomisch günstiger, als abzuwarten und später die enormen Schäden bezahlen zu müssen. Göpel stellte zudem die Frage, ob die Kosten-Nutzen-Abwägung wirklich immer die zentrale sei. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass die ökonomische Brille zu eng ist, wenn es um das Überleben der Menschen geht.

Entsprechend rief sie die Abgeordneten dazu auf, sich von klassischen wirtschaftswissenschaftlichen Annahmen zu verabschieden. So sei es zwar richtig, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung das

Wachstum vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Allerdings habe die Entkoppelung bislang aufgrund des Rebound-Effekts nicht den gewünschten Effekt gehabt: Die durch mehr Ressourcen-Effizienz erzielten Einsparungen würden durch steigenden Konsum zunichtegemacht. Wichtig sei die Betrachtung der gesamten Wertschöpfungskette und nicht nur des heimischen Ressourcenverbrauchs. Göpel empfahl zudem, den Indikator des Bruttoinlandsprodukts um sozioökologische Faktoren zu erweitern. Konkret könnten Unternehmen ihre Gewinne stärker nutzen, um ihre soziale und ökologische Bilanz – etwa in den Lieferketten – zu verbessern, statt hohe Dividenden auszuschütten.

Eine Geopolitik der Hoffnung

Auf eine Frage aus dem Publikum zur geopolitischen Dimension der Dekarbonisierung erläuterte Göpel, dass der Besitz natürlicher Ressourcen schon immer durch Grenzziehungen machtpolitisch genutzt worden sei. Erneuerbare Energien böten die Chance, sich dieser Logik zu entziehen; sie hätten großes Friedenspotenzial und könnten Teil einer „Geopolitik der Hoffnung“ werden. Zwar sei die Dekarbonisierung ein inhärentes Globalisierungsthema, das national nicht zu lösen sei. Zugleich sei sie aber von solcher Bedeutung, dass jedes Land aus Eigeninteresse damit beginnen sollte, auch wenn noch nicht alle anderen mitziehen.

Regeln und Anreize für die Transformation der Wirtschaft

Das gelte auch mit Blick auf die in NRW anstehende Umstellung auf grünen Stahl und die Befürchtung, dass China währenddessen den Markt mit billigem Stahl überrollen könnte. Ein wichtiges Argument für Mitarbeitende und Öffentlichkeit sei es, einen führenden Standort zu entwickeln. Dies müsse durch klar kommunizierte Signale der Politik sowie langfristige Regeln und Vorgaben begleitet und befördert werden. Ein weiteres Steuerungsmittel sei die öffentliche Beschaffung. Sie könne Anreize für eine nachhaltige Produktion schaffen und neue Gewohnheiten befördern.

Blaupausen für die konkrete Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen gebe es nicht, so Göpel abschließend. Entscheidend sei stets der lokale Kontext. Sie mahnte auch, Geld als Mittel zum Zweck zu betrachten. Eine pauschale staatliche Schuldenbremse sei nicht sinnvoll. Zu fragen sei vielmehr, welche Wert- bzw. Schad-Schöpfung hinter einer Investition stehe. Investitionen in den langfristigen Erhalt des ökologischen und sozialen Kapitals könnten durchaus generationengerecht sein, denn diese Investitionen seien ein Vermögensaufbau für die Zukunft.

Programmbereich C Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Europa, die Großmächte und Chancen für eine globale Friedenspolitik

Die Corona-Pandemie und ein weitgehender Lock-down im Januar 2021 machten es unmöglich, das Dresdner Forum für Internationale Politik vor Ort

und Bedrohungen erleben, von der Pandemie bis hin zum Klimawandel, sondern auch, weil sich die Machtstrukturen verschoben haben“, so Mogherinis nüchterne Bilanz.



Forum Frauenkirche Online, Januar 2021: Federica Mogherini, Roland Löffler (Moderation), John C. Kornblum und Nicole Deitelhoff im Gespräch (im Uhrzeigersinn)

durchzuführen. Um den internationalen Friedens-Dialog aus Sachsen heraus dennoch weiter zu pflegen, führte die sef: 2021 gemeinsam mit der Stiftung Frauenkirche Dresden und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung eine dreiteilige Online-Veranstaltungsreihe durch. Sie fokussierte auf die Beziehungen Europas zu den drei Großmächten USA, Russland und China und die Chancen einer gemeinsamen Friedenspolitik.

Europas Rolle nach dem Wechsel im Weißen Haus – Neue Chancen für eine globale Friedenspolitik?

Den Auftakt bildete die Diskussion um Europa und die Vereinigten Staaten nur eine Woche nach dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Joe Biden. Über die veränderten Machtbeziehungen diskutierten Federica Mogherini, ehemalige EU-Außenbeauftragte und heute Direktorin des College of Europe in Brügge, Professorin Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und John Kornblum, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland.

Deutlich wurde, dass sich die Voraussetzungen für internationale Kooperation verschoben haben. Denn viele Einigungen in multilateralen Prozessen – vom Pariser Klimaabkommen über die Einigung auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung bis zur Unterzeichnung des Iran-Abkommens – seien aktuell nur noch schwer vorstellbar. „Die Welt sieht heute anders aus, nicht nur weil wir neue Herausforderungen

Europas Stärke – Europas Schwäche?

Auch die partnerschaftliche Beziehung zu den USA wurde auf die Probe gestellt. Für Europa sei es ein Schock gewesen, dass das „Wir“ – und darunter seien bis dato Europa und die USA als Wertegemeinschaft verstanden worden – nicht mehr garantiert war. Aber, und darin waren sich sowohl Mogherini als auch Deitelhoff einig, dieser „Schock“ habe dazu geführt, dass Europa sich selbstbewusster positionieren konnte. Europa habe diese Bewährungsprobe bestanden und vielleicht gemerkt, dass es mehr kann, als es sich selbst zutraue.

John Kornblum zeigte sich hingegen enttäuscht, dass sich Europa nach der Wende in den 1990er Jahren nicht so stark entwickelt habe, wie man es von amerikanischer Seite gehofft habe. Europa sei zwar unabhängiger und demokratischer geworden, aber nicht produktiver. Er bedauerte, dass Europa seiner Meinung nach nicht mehr so gut für die Zukunftsaufgaben in Industrie, Technologie und Wissenschaft gerüstet sei wie noch in den 1980er Jahren.

Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik weiter fassen

Für die zukünftige europäische Friedenspolitik unterstrich Mogherini, dass der Friedens- und Sicherheitsbegriff integriert betrachtet werden müsse: Investitionen in Handel, Menschenrechte, Friedensförderung, Entwicklung, Humanitäre Angelegenheiten und Klimawandel seien allesamt ebenfalls Investitionen in die Sicherheit Europas. Der Sicherheitsbegriff dürfe nicht allein auf militärische Fragen begrenzt werden. Deitelhoff bekräftigte, dass es zu Europas Stärke zähle, wenn politische und zivile Aufgaben im Vordergrund stünden. Allerdings habe sich die Weltlage in den vergangenen Jahren dahingehend verschoben, dass immer wieder die Nutzung militärischer Mittel in vielen Konfliktlagen notwendig geworden sei. Dies fordere Europa heraus. Zudem gelinge eine erfolgreiche Friedens- und Sicherheitspolitik nur dann, wenn sich die Mitgliedsstaaten auf eine gemeinsame Linie einigen können. Auch das sei in den vergangenen Jahren immer wieder zum Problem geworden; insbesondere in der Migrationspolitik mangle es an gemeinschaftlichen Lösungen.

Konsens bestand darin, dass das Atomabkommen, das 2015 mit dem Iran geschlossen worden war, ein gutes Beispiel für eine zielführende multilaterale Friedens- und Sicherheitspolitik und einen gemeinsamen Erfolg der EU und der USA ist. Das Abkommen gilt als eine wichtige Säule für Stabilität und Frieden im Mittleren und Nahen Osten. In den letzten Jahren habe man es geschafft, die Kernpunkte des Abkommens zu erhalten, und dank des Einsatzes von Deutschland und Großbritanniens seien auch Russland und China nicht abgesprungen, erklärte Mogherini.

Hoffnungen auf die neue US-Regierung

Neben den Hoffnungen auf eine Erneuerung des Iran-Abkommens gibt es zahlreiche weitere multilaterale „Baustellen“, die die vorangegangene US-Administration hinterlassen hat. US-Präsident Biden hat bereits in seinen ersten Tagen gezeigt, dass er höchst entschlossen ist, diese Lücken wieder zu füllen. Kornblum bescheinigte Biden eine multilaterale und europafreundliche Haltung. Auch Mogherini war davon überzeugt, dass Europa in Zukunft nicht mehr allein auf dem internationalen Parkett stehen und die Vereinigten Staaten wieder stärker in eine kooperative Politik investieren werden. Gleichzeitig mahnte sie, dass die USA nach den vergangenen vier Jahren viele Scherben im eigenen Land kitten müssten. Hier

sei; angesichts der globalen Herausforderungen sei es wichtig, die Beziehungen wieder zu stärken, um internationale Aufgaben lösen zu können. Grundsätzlich, so stimmte von Fritsch zu, gebe es in Deutschland einen Grundkonsens aller Parteien, sich um ein gutes Verhältnis zu Russland zu bemühen.

Wie auf mögliche Gewalt reagieren?

Allerdings unterstrichen die Referent*innen auch, wie sehr Russlands Außenpolitik von seiner Innenpolitik geprägt sei. Putin sei in den vergangenen Jahren zunehmend unter Druck geraten, nicht nur aufgrund der Pandemie, sondern auch angesichts des Umgangs mit Regimekritikern wie Alexander Nawalny und aufgrund sozialer und wirtschaftlicher Fragen. Die Schere zwischen Arm und Reich ist in Russland extrem weit auseinander gegangen. Gleichzeitig, so betonten Stent und Kobrinskaya, sei die russische Politik dadurch gekennzeichnet, dass die Machthaber „Russland besitzen“, also auch ein ökonomisches Interesse daran haben, an der Macht zu bleiben. Von Fritsch verwies auf Andrei Dmitrijewitsch Sacharow, der beschrieb, dass Gewalt nach Innen und Gewalt nach Außen untrennbar verbunden seien. Dies sei mit Blick auf Russland eine gewisse Gefahr.

Die Frage nach dem Umgang mit Gewalt sei auch für die internationalen Beziehungen von Bedeutung, so von Fritsch. Innerhalb des NATO-Bündnisses gäbe es eine Beistandsverpflichtung, die aber im Hinblick auf die Krise in der Ukraine 2014 oder in Belarus nicht gelten würde. Die russische Politik probiere immer wieder, wie weit sie gehen könne. Deshalb plädierte von Fritsch dafür, klar zu kommunizieren, was der Westen im Falle von Gewalt mitten in Europa tun würde. Sanktionen seien das niedrigste Mittel, das man anwenden könne. Stent zeigte sich skeptisch, ob Sanktionen gegen Russland die Politik verändern könnten. Diese hätten nach der Krim-Annexion zwar wirtschaftlichen Einfluss gehabt, aber eben nicht darüber hinaus. Auch Kobrinskaya bezweifelte die Wirkung von Sanktionen auf die russische Innenpolitik.



Forum Frauenkirche Online, Mai 2021: Sabine Adler (Moderation), Irina Kobrinskaya, Rüdiger von Fritsch und Angela Stent im Gespräch (im Uhrzeigersinn)

sei bei den Bürger*innen viel Vertrauen in die Demokratie und das Wertesystem zerstört worden.

Russland und die Europäische Union in der internationalen Politik – Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Interessen?

In der zweiten Online-Veranstaltung blickten die Referent*innen nach Osten. Dr. Irina Kobrinskaya von der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau, der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau Rüdiger von Fritsch und Professorin Angela Stent von der Georgetown Universität in Washington, D.C. diskutierten das Verhältnis zwischen Russland und der EU. Kobrinskaya war der Ansicht, dass das Verhältnis an einem Tiefpunkt angelangt

Klimawandel als gemeinsame Herausforderung

Ein weiteres Dilemma der vergangenen Jahre ist der Zerfall der internationalen Beziehungen. Viele Regierungen würden das eigene Land viel zu oft nach vorne stellen, „America first, Russia first, China first“, zählte von Fritsch auf. Dabei zeigt nicht nur die Corona-Pandemie, sondern auch die Klimakrise, dass kein Land diese globalen Herausforderungen alleine lösen kann. Russland ist aufgrund seiner Größe und den verschiedenen Klimazonen besonders vom Klimawandel betroffen. Vor allem die Schmelze der Permafrostböden bereitet Sorgen. In der Klimapolitik bleibt Russland jedoch hinter dem zurück, was zur Erreichung der international vereinbarten Klimaziele notwendig ist. Stent und Kobrinskaya stimmten überein, dass sich Russland dringend bei diesem

Thema bewegen muss, denn nicht nur aus klimapolitischen Gesichtspunkten ist ein Wechsel der Politik notwendig, auch aus ökonomischen. Wenn sich die restliche Welt von fossilen Brennstoffen wie Gas und Erdöl verabschiede, schwinde auch das Geschäftsmodell Russlands.



Forum Frauenkirche Online, September 2021: Ariane Reimers (Moderation), Reinhard Bütikofer, Nele Noesselt und Jinghan Zeng im Gespräch (im Uhrzeigersinn)

Die Europäische Union und China – Partner oder Rivalen in der Weltordnung von Morgen?

Die dritte und abschließende Online-Diskussion verdeutlichte, dass nicht nur die Beziehungen zwischen der EU und Russland in einer schwierigen Phase sind; auch weiter östlich mit Blick auf China zeigten sich viele Herausforderungen. Nach Reinhard Bütikofer MdEP sind die offiziellen Beziehungen zwischen China und der EU, die vor vier Jahrzehnten aufgenommen wurden, in einer schlechten Verfassung. Zugleich sei das Niveau der individuellen Freiheit für Bürger*innen in China gesunken. Dennoch sei es wichtig, weiterhin mit dem „Rivalen“ zu kooperieren, aber auf der Grundlage von Prinzipien wie z.B. der Einhaltung der internationalen Rechtsordnung. Hier habe es aber in den vergangenen Jahren einige problematische Vorfälle gegeben, insbesondere mit Blick auf die Welthandelsorganisation, Hong Kong oder das internationale Seerecht im südchinesischen Meer. China versuche, eine china-zentrische Weltordnung durchzusetzen, auch mit Hilfe der chinesischen Seidenstraße.

Rivalität oder Multipolarität?

Professor Jinghan Zeng, Direktor des Lancaster University Confucius Institute, hielt den Äußerungen Bütikofer entgegen, dass die Beziehungen aus chinesischer Sicht nicht als Rivalität beschrieben würden. China sehe sich vielmehr in einer multipolaren Welt gemeinsam mit der EU und den USA. Professorin Nele Nösselt von der Universität Duisburg/Essen plädierte dafür, den Dialog mit China nicht abbrechen zu lassen und die jeweils andere Seite aktiv an den Tisch zu bitten. Dennoch erkannte sie auch an,

dass das Ansehen Chinas nicht zuletzt aufgrund seiner Rolle in der Pandemie weltweit gelitten hat.

Während die USA schon länger erkannt hätten, dass wir am Beginn eines asiatischen Jahrhunderts stünden, habe diese Erkenntnis in Europa erst später eingesetzt. Zum Beispiel wickle Europa ungefähr ein Drittel seines Handels über das Südchinesische Meer ab, so Bütikofer. Damit einher gehe eine gewisse Abhängigkeit. Diese veränderten geopolitischen Realitäten machten eine Fortsetzung des Dialogs und der Kooperation mit China unabdingbar.

Deutlich wurden in der Diskussion auch die kulturellen Unterschiede in der Art und Weise, wie mit Partnern kommuniziert wird. Professor Zeng verwies darauf, dass in China ein Gespräch zunächst auf die positiven Aspekte fokussiere, während die Europäer*innen damit beginnen würden, die aus ihrer Sicht negativen Entwicklungen zu betonen, um dann zu argumentieren, wieso man trotzdem zusammenarbeiten müsse. Für ein wohlwollenderes Miteinander empfahl Zeng, sich in den Beziehungen stärker auf das zu fokussieren, was gut läuft – wie die gemeinsamen Bemühungen gegen den Klimawandel.

Ausschnitte aus dem Forum Frauenkirche Online „Europas Rolle nach dem Wechsel im Weißen Haus – Neue Chancen für eine globale Friedenspolitik?“ finden sich unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/weitere-veranstaltungen/forum-frauenkirche-dresden-januar-2021>.



Der Mitschnitt des Forum Frauenkirche Online „Russland und die Europäische Union in der internationalen Politik – Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Interessen?“ ist unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/weitere-veranstaltungen/forum-frauenkirche-dresden-mai-2021> verfügbar.



Der Mitschnitt des Forum Frauenkirche Online „Die Europäische Union und China: Partner oder Rivalen in der Weltordnung von Morgen?“ ist unter <https://www.sef-bonn.org/veranstaltungen/weitere-veranstaltungen/forum-frauenkirche-dresden-september-2021> abrufbar.



Weltweite Proteste für politische Reformen

Einen weiteren Themenschwerpunkt setzte die sef: 2021 mit Blick auf zivilgesellschaftliche Proteste gegen autoritäre Regime. Allein in den letzten fünf Jahren gab es in über 75% der Länder mit autoritärer Herrschaftsform erhebliche Proteste. In einer Reihe von fünf Online-Veranstaltungen diskutierte der Berliner Sommerdialog 2021 aktuelle Trends in der Protestforschung. Ziel war es herauszufinden, was Gesellschaften zu einem friedlichen Wandel verhelfen und wie Gewalt verhindert werden kann. Darüber hinaus bot die Veranstaltungsreihe die Möglichkeit, aus erster Hand Berichte von Aktivist*innen über ihr Engagement in ihren Heimatländern zu hören.

Auslöser und Triebkräfte von Protestbewegungen

Lara Baladi, Aktivistin, Künstlerin und Pädagogin aus Ägypten, gestaltete den Auftakt zu der Reihe. Sie hat ein umfangreiches Archiv von Social-Media-Dokumenten über Proteste aus aller Welt gesammelt. Bei der Durchsicht von Videos verschiedener Protestbewegungen entdeckte sie bald Gemeinsamkeiten, wie sie zu Beginn des Sommerdialogs erläuterte: Zunächst gehe es bei den auslösenden Ereignissen oft um den Tod eines jungen Menschen, von den

che Zunahme an Protesten feststellen kann (mit Ausnahmen am Beginn der Corona-Pandemie, als Zusammenkünfte eingeschränkt wurden). Carothers'



Berliner Sommerdialog 2021 Online: Lara Baladi, Künstlerin, Archivarin und Pädagogin aus Kairo

Ansicht nach könne das 21. Jahrhundert als eine Reihe von Kämpfen von Bürger*innen beschrieben werden, die durch Technologie, Bildung und Reisen mehr Möglichkeiten haben als je zuvor, die mehr von ihren jeweiligen Regierungen erwarten und oft auch mehr von ihnen verlangen. Sie seien jedoch mit Regierungssystemen konfrontiert, die nicht in der Lage sind, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden. „Tatsächlich haben die meisten autoritären Regime Angst vor ihrem Volk“, so Carothers. Häufig würden die Proteste auf die wirtschaftlichen Bedingungen in einem Land zurückgeführt. Aus seinen Untersuchungen gehe jedoch hervor, dass ein Hauptauslöser für Proteste die politische Wut auf die Eliten sei, z.B. aufgrund von Wahlfälschungen, stark repressiven Maßnahmen gegen Bürger*innen oder Korruption.

Belarus im Inneren – ein Regime, das sein Volk unterdrückt

Carothers' Erkenntnisse spiegelten sich in den Schilderungen von Dr. Ryhor Astapenia, Direktor der Belarus-Initiative bei Chatham House, wider. Nach Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen in Belarus im Jahr 2020 wurden die Proteste auf die Straße getragen. Zu der Enttäuschung gesellte sich das Gefühl, von der Regierung bei ihrer Reaktion auf die COVID-19-Pandemie im Stich gelassen worden zu sein. Das Regime war zunächst überrascht, doch die Menschen, die Zweifel an Lukaschenkos Sieg äußerten, wurden mit brutaler Gewalt empfangen. Angesichts des repressiven Regimes, das die Medien kontrolliert, wurden andere Möglichkeiten der Informationsverbreitung und des Austauschs zwischen den Menschen wichtig. YouTube diente als Quelle für unabhängige Nachrichten, und Telegram wurde zu einem wichtigen Instrument, um miteinander in Kontakt zu treten. Darüber wurde ebenfalls die Unterstützung durch die Diaspora-Gemeinschaft organisiert.



Berliner Sommerdialog 2021 Online: Gespräch zwischen Ute Lange (Moderation), Ryhor Astapenia aus Minsk und Espen Geelmuyden Rød aus Uppsala (unten)

Anfängen der Bürgerrechtsbewegung in den USA über die Proteste in Tunesien und Ägypten bis hin zu den jüngsten Morden an Mike Brown in Ferguson im Jahr 2014 und George Floyd im Jahr 2020. Diese Ereignisse ebneten den Weg für Forderungen nach Veränderungen in der Gesellschaft auf rechtlicher, sozialer oder juristischer Ebene.

Baladi verfolgt bei der Archivierung von Protestbewegungen einen künstlerischen und visuellen Ansatz, der die Stimme des Volkes einbezieht. Ergänzend berichtete Thomas Carothers vom Carnegie Endowment for International Peace in Washington, D.C. über den Global Protest Tracker, der eine deutli-

Das „Katz-und-Maus-Spiel“ online spielen

Die Nutzung „sicherer“ Kommunikationsmethoden habe jedoch ihren Tribut gefordert, so Astapenia. Zum einen änderten die Belarussen auf Telegram ständig ihre Namen, so dass es schwierig sei herauszufinden, mit wem sie in Kontakt stehen oder wem sie vertrauen können, und zum anderen spielten der Staat und die Demonstrant*innen auf diesen Kanälen ein „Katz-und-Maus-Spiel“. Dies beobachtete auch Espen G. Rød, Forscher in der Abteilung für Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Uppsala, in seinen Untersuchungen. Regierungen in autokratischen Regimen setzten auf Zensur, Desinformation und Überwachung, um an der Macht



Session 3 beim Berliner Sommerdialog 2021 mit Ute Lange, Srdja Popovic (Belgrad), Sharon Erickson Nepstad (Albuquerque) und Véronique Dudouet aus Berlin (im Uhrzeigersinn)

zu bleiben und Protestbewegungen abzuwehren, während die Demonstrant*innen Technologien zur Koordinierung und Mobilisierung nutzten. Wie Astapenia hinzufügte, sind jedoch nicht immer ausgefallene Überwachungstechnologien erforderlich, um Aktivist*innen zu jagen. Im Falle von Belarus greife das Regime einfach zu dem stumpfen Instrument der Festnahme von Aktivist*innen und zwingt sie brutal zur Herausgabe ihrer Telefone, aus denen Kontakte zu anderen Mitgliedern der Bewegung hervorgehen würden.

„Lose-Lose“-Situationen für autokratische Regime

Srdja Popović, geschäftsführender Direktor des Zentrums für angewandte gewaltfreie Aktionen und Strategien (CANVAS) in Belgrad, hat bereits viele Protestbewegungen mit seinen Erfahrungen unterstützt. Er war Mitglied der Otpor!-Gruppe, die im Jahr 2000 Slobodan Milošević stürzte. Protestbewegungen bräuchten eine klare Vision und Einigkeit sowie die Fähigkeit zur strategischen und taktischen Planung und Disziplin, um erfolgreich zu sein. Der Einsatz von Gewalt sei zwar verlockend, um Ziele „schneller“ zu erreichen, führe aber oftmals dazu, dass eine Bewegung in der Gesellschaft an Unterstützung verliere.

Popović wurde bekannt für seinen Einsatz von sog. Dilemma-Aktionen. Der Vorteil provokativer Methoden mit einem Augenzwinkern und einem Lächeln läge darin, dass Regime schnell in eine Position gerieten, in denen sie schwach oder lächerlich wirkten, wenn sie mit Zwang, Gewalt oder Unterdrückung reagieren. Als Beispiel nannte er die jüngsten Proteste in Myanmar, wo sich die Demonstranten als Disney-Prinzessinnen verkleideten; „niemand würde Tränengas auf eine ‚Prinzessin‘ werfen wollen“, fügte er hinzu. Dilemma-Aktionen sind jedoch nicht nur in autokratischen Regimen erfolgreich. Die bekannte Gruppe „The Yes Men“ hat gezeigt, wie man diese auch gegen Unternehmen und in demokratischen Ländern einsetzen kann.

Gewaltlosigkeit als wichtiger Faktor

Sharon Erickson Nepstad, Distinguished Professorin in der Abteilung für Soziologie an der Universität von New Mexico, Albuquerque betonte, dass ein reichhaltiges taktisches Repertoire an Aktionen von entscheidender Bedeutung sei – leider würden sich die Bewegungen in vielen Fällen auf eine einzige Taktik, hauptsächlich auf Massendemonstrationen, verlassen. Dies mache es vor allem für repressive Regime leicht, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Sie verglich Proteste mit einem Schachspiel, bei dem man auch immer wieder seine Taktik ändern und sein Gegenüber den nächsten Zug erraten lassen muss.

Gewaltlos zu bleiben ist nicht nur während der Protestphase wichtig, sondern auch darüber hinaus, betonten Nepstad wie auch Dr. Véronique Dudouet, Senior Advisor für Konflikttransformationsforschung bei der Berghof Foundation. Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs im Anschluss an gewaltsame Kampagnen innerhalb von 10 Jahren nach dem Ende der Proteste sei viel höher als im Falle gewaltfreier Kampagnen, erläuterte Dudouet. Zudem gelänge es bei Gewaltfreiheit eher, die Bevölkerung oder externe Akteure für seine Ziele zu gewinnen.

Externe Akteure zwischen Neutralität und Positionierung

Welche Gründe gibt es für externer Akteure, insbesondere internationale oder regionale Organisationen und andere Länder, sich zu engagieren? Dr. Dylan O’Driscoll, Direktor des Programms für den Nahen Osten und Nordafrika (MENA) am Stockholmer Friedensforschungsinstitut, hat unterschiedliche Reaktionsmuster festgestellt, die von der Nähe des Landes und seiner eigenen Strategie abhängen. Nachbarländer hätten beispielsweise ein Interesse daran, dass interne Konflikte nicht auf ihr eigenes Land übergreifen, weshalb sie es oft vorziehen würden, die Regierung zu unterstützen, um die Lage vermeintlich zu stabilisieren. Über die Nachbarländer hinaus hätten Länder oder internationale Organisationen oft die Tendenz, sich nicht einmischen

zu wollen. Doch O’Driscoll warnte: „Wenn man sich nicht einmischt, ist man nicht neutral, sondern wählt eine Seite.“

Simon Bojsen-Møller, stellvertretender Referatsleiter beim Dienst für außenpolitische Instrumente (FPI) der Europäischen Kommission, bot Einblicke in die Komplexität der EU mit ihren verschiedenen Institutionen und Mitgliedstaaten. Sein Referat beobachtet die Entwicklungen vor Ort und sammelt Informationen über ein breites Netzwerk aus Botschaften und internationalen Nichtregierungsorganisationen (INGOs), die in den verschiedenen Ländern tätig sind. Der direkte Kontakt zu Protestbewegungen könne sich als schwierig erweisen, da sie nicht immer mit Sprecher*innen organisiert sind, so Bojsen-Møller. Eine Form der Unterstützung, die sein Referat anbiete, sei der Aufbau von Kapazitäten für Bewegungen durch INGOs, z. B. wie sie ihre Botschaften wirksam vermitteln und Lobbyarbeit leisten können. Wenn in einem bestimmten Land ein Übergangsprozess beginnt, leiste die EU Unterstützung um sicherzustellen, dass der Prozess integrativ ist und das Völkerrecht und die internationalen



Thinzar Shunlei Yi, Demokratie-Aktivistin aus Myanmar, beim Berliner Sommerdialog 2021

Menschenrechte respektiert werden. Bojsen-Møller wies jedoch auch darauf hin, dass eine ganzheitliche Sichtweise erforderlich sei, um das Engagement zu reflektieren und sicherzustellen, dass langfristig kein Schaden angerichtet werde. Dazu gehöre auch, dass viele Aktivitäten im vertraulichen Rahmen ablaufen müssten.

Innenansicht Myanmars – Die Hoffnung einer jungen Generation

Eines der Länder, die im Sommer 2021 im internationalen Rampenlicht standen, war Myanmar. Seit dem Militärputsch und der Verhaftung der demokratisch gewählten Regierungschefin Aung San Suu Kyi Anfang 2021 haben viele Bürger*innen – und in diesem Fall vor allem die Jugend – begonnen, gegen den Militärputsch zu protestieren. Thinzar Shunlei Yi, eine Demokratieaktivistin und Journalistin aus Myanmar, sprach über die dramatische Unterdrückung in ihrem Land, aber auch über den Willen der Menschen, ihre Freiheit zu verteidigen

und für ein Ende der Militärherrschaft zu kämpfen. Die COVID-19-Pandemie habe die Situation noch verschlimmert. Die Protestierenden sehnten sich nach einem föderalen demokratischen Staat. Sie bat um Unterstützung von außen, um insbesondere die



Berliner Sommerdialog 2021: Dylan O’Driscoll, Direktor des MENA-Programms am Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI)

Sicherheit der Demonstrierenden zu gewährleisten. Neue Richtlinien des Militärs würden sich besonders auf junge Menschen auswirken, denen es unmöglich gemacht werde, Wohnungen anzumieten und Schutz zu finden. Das Leben vieler Aktivist*innen sei in Gefahr.

Solidarität für Protestbewegungen

Dr. Julia Leininger, Leiterin des Forschungsprogramms „Transformation politischer (Un-)Ordnung: Institutionen, Werte und Frieden“ am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn, betonte abschließend, dass die Serie verdeutlicht habe, wie Protestbewegungen nicht nur ihre eigenen Regierungen, sondern auch externe Akteure und vor allem Geber herausforderten. „Wenn es um Proteste geht, haben wir es nicht nur mit den üblichen Verdächtigen zu tun, wir haben es nicht nur mit den konfliktreichen Ländern oder den LDCs zu tun, sondern auch mit den Ländern mit mittlerem Einkommen. Dort nimmt die Ungleichheit zu.“ Besonders auffällig sei die transnationale Dimension der Proteste. Selbst wenn es schwierig sei, Protestbewegungen von außen zu unterstützen, betonte Leininger die Notwendigkeit, zumindest Solidarität mit denjenigen zu zeigen, die an vorderster Front für ihre Rechte, ihre Freiheit und ihre Zukunft kämpfen.

Videomitschnitte, Präsentationen und einen ausführlichen Bericht zum **Berliner Sommerdialog 2021** finden Sie unter <https://www.sef-bonn.org/de/veranstaltungen/berliner-sommerdialog/2021>.



• **sef: Finanzen**

Finanzbericht

Gegenüber der im Jahresbericht 2020 eher pessimistischen Erwartung hat sich die finanzielle Situation der sef: im Berichtsjahr entspannt. Der Jahresabschluss 2021 weist ein positives Ergebnis in Höhe von 14.812 Euro aus.

Die projektbezogenen Ausgaben wie auch die entsprechenden Zuwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr geringer ausgefallen. Ursächlich dafür ist die pandemiebedingte Absage des Dresdner Forums für Internationale Politik 2021 sowie die Durchführung der Veranstaltungen fast ausschließlich im Online- oder Hybridformat. Unter Berücksichtigung des Personalkostenanteils wurden für Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit rund 370.000 Euro (Vorjahr 440.000 Euro) aufgewendet, die Projektzuschüsse belaufen sich auf rund 150.000 Euro (Vorjahr 200.000 Euro) plus die personalausgabenbezogene Projektförderung des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 151.200 Euro.

Im Bereich der Drittmittelakquise konnte die Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Engagement Global) beim „Bonn Symposium“, mit dem Land Nordrhein-Westfalen beim „Policy Lunch“ und mit dem Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) beim „Internationalen Experten-Workshop“ fortgesetzt werden. Bei der neuen Reihe „Brandenburger Online Dialog ‚Mit Afrika lernen‘“ wurden die Sachkosten vom Land Brandenburg getragen. Der Freistaat Sachsen hat erfreulicherweise die Ausfallkosten für das „Dresdner Forum für Internationale Politik 2021“ anteilig übernommen.

Mit Blick auf die Nachhaltigkeit der Finanzierung der Stiftung konnte mit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Projekt-Rahmenvertrag für die Laufzeit März 2021 – Dezember 2023 abgeschlossen werden. Damit ist die substanzielle mittelfristige Förderung der drei jährlichen internationalen Konferenzen in Dresden, Potsdam und Berlin durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gesichert.

Auf der Einnahmenseite blieben die Entwicklungen am Kapitalmarkt im Wirtschaftsjahr 2021 erneut schwach. Erträge wurden in Fonds überwiegend im Aktienbereich erwirtschaftet, die strukturell aber nur einen Anteil von bis zu 30% in den von der sef: gehaltenen Anlageprodukten ausmachen. Dennoch haben sich die Einnahmen der sef: aus den nachhaltigen Fonds im Wirtschaftsjahr 2021 positiv entwickelt und liegen mit 171.328 Euro um 12% über denen des Vorjahres (152.959 Euro). Der Rückgang der Erträge um 16% im Jahr 2020 wurde dadurch zu einem Teil ausgeglichen.

Überprüfung der sef: Anlagestrategie

Der sef: Vorstand hat im März 2021 eine „Arbeitsgruppe Finanzen“ eingerichtet und mit der Aufgabe betraut „die bisherige Anlagestrategie und mögliche alternative Fonds/Anlagen zu prüfen und dazu auch das Gespräch mit externen Vermögensberater*innen zu suchen“.

In der Folge wurden ausführliche Gespräche mit auf Stiftungsanlagen spezialisierten Bankhäusern sowie mit ausgewählten Expert*innen von Stiftungen, privaten Vermögensverwaltern, Infrastrukturfonds und den Machern der Fondsfibel geführt. Ziel war es, alternative Anlageprodukte zu identifizieren und auf ihre Tauglichkeit für ein Investment durch die sef: zu prüfen. Der Fokus lag dabei auf den beiden Anlageklassen Immobilien und nachhaltige Infrastruktur, die zu einer stärkeren Diversifizierung des sef: Anlagespektrums beitragen könnten.

Bei den angebotenen Wohn- und Gewerbeimmobilien-Fonds zeigte sich, dass die derzeitigen Ertrags-erwartungen kaum über den aktuell von der sef: gehaltenen Mischfonds liegen. Zudem sind in diesem Bereich die Nachhaltigkeitskriterien oft vage und schwer überprüfbar; insgesamt wurden die Risiken höher bewertet als bei den Mischfonds.

Relativ neu auf dem Markt angebotene Produkte sind nachhaltige Infrastrukturfonds zur Finanzierung von größeren Infrastrukturprojekten in den Bereichen Energie, Transport, Kommunikationssysteme sowie Wasser- und Abfallver- und Entsorgung. Die Ertragserwartungen liegen in der Regel zwar deutlich über denen klassischer Mischfonds, die Risiken mit Blick auf staatliche Regulierung, mangelnde Wirtschaftlichkeit im Betrieb und technische Ausfälle überwiegen jedoch die möglichen Vorteile bei der Ertragserwartung.

Der Vorstand hat aus dieser Analyse die derzeitige Schlussfolgerung gezogen, dass signifikant höhere Erträge nur mit Produkten zu erzielen sind, die mit höheren Risiken behaftet sind als die gegenwärtig gehaltenen Anlagen. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, zunächst keine Neuanlagen bzw. Umschichtungen vorzunehmen. Der Schatzmeister und die Geschäftsstelle sind gehalten, die Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt weiter intensiv zu beobachten. Insbesondere geben dazu auch die aktuellen Entwicklungen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts bzw. in den nächsten Monaten Anlass.

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2021

	EUR	31.12.2021 EUR	EUR	31.12.2020 EUR
I. Erträge				
1. Zuwendungen		313.261,81		358.369,87
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	162.061,81		207.169,87	
2. Erträge Finanzanlagen		171.328,00		152.950,00
3. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		17.716,93		17.797,23
Zinserträge Bankkonten und liquide Mittel (Festgeld)	0,00		0,13	
Bestandsvergütungen	17.716,93		17.797,10	
4. Erlöse und Sonstige Erträge		10.976,82		8.455,87
Sonstige Erträge	694,46		66,99	
Buchgewinne aus Abgang Finanzanlagen	0,00		0,00	
Erträge aus Auflösungen von Rückstellungen	4.638,65		625,92	
Versicherungsschädigung	5.643,71		7.762,96	
Summe Erträge		513.283,56		537.572,97
II. Aufwendungen				
6. Publikations- und Veranstaltungsaufwand		-81.987,10		-125.315,14
a) Veröffentlichungen	-27.955,11		-25.992,05	
b) Veranstaltungen	-47.060,96		-96.415,15	
c) Öffentlichkeitsarbeit	-6.953,18		-2.762,56	
d) Sonstige Projektkosten	-17,85		-145,38	
7. Personalaufwand		-359.459,43		-366.441,90
a) Löhne und Gehälter	-283.438,77		-289.769,71	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen zur Altersversorgung und Unterstützung	-76.020,66		-76.672,19	
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-4.176,87		-3.810,38
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-52.848,48		-50.695,24
a) Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-19.354,35		-19.217,34	
b) Versicherungen und Beiträge	-1.671,00		-1.685,93	
c) EDV (Beratung, Betreuung)	-4.431,84		-3.269,61	
d) Leasing, Miete und Wartung Geräte	-1.412,48		-2.111,23	
e) Telefon und Internet Standleitung	-1.580,96		-1.402,08	
f) Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-8.980,53		-8.678,03	
g) Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-11.621,99		-8.128,42	
h) Gremien	-3.793,33		-6.198,60	
i) Abgänge des Anlagevermögens (Buchverluste)	-2,00		-4,00	
Summe Aufwendungen		-498.471,88		-546.262,66
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		14.811,68		-8.689,69
11. Umschichtungsergebnisse (Einstellung -/Entnahme +)		0,00		0,00
12. Rücklagen				
a) Kapitalerhaltungsrücklage (Einstellung -/Entnahme +)		0,00		0,00
b) Übrige freie Rücklage (Einstellung -/Entnahme +)		-14.811,68		8.689,69
13. Bilanzgewinn		0,00		0,00

Bilanz zum 31.12.2021

AKTIVA	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR
A Anlagevermögen			A Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte	0,00	0,00	I. Stiftungskapital/Errichtungskapital	6.697.923,64
II. Sachanlagen			II. Umschichtungsergebnisse	117.736,60
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.325,13	10.737,09	III. Rücklagen	
III. Finanzanlagen			a) Kapitalerhaltungsrücklage	170.699,93
Wertpapiere des Anlagevermögens	7.268.839,64	7.268.839,64	b) Übrige freie Rücklage	529.027,80
B Umlaufvermögen			B Rückstellungen	
I. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände			Sonstige Rückstellungen	20.162,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	0,00	0,00	C Verbindlichkeiten	
Sonstige Vermögensgegenstände	7.650,63	7.500,00	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.063,56
II. Kassenbestand und Guthaben			2. Sonstige Verbindlichkeiten	6.730,99
Kassen- und Portobestand	205,96	164,77	D Rechnungsabgrenzungsposten	
Guthaben bei Kreditinstituten	327.898,60	285.290,31		63.575,44
C Rechnungsabgrenzungsposten				13.119,17
	0,00	0,00		
	<u>7.612.919,96</u>	<u>7.572.531,81</u>		<u>7.612.919,96</u>
	<u>7.612.919,96</u>	<u>7.572.531,81</u>		<u>7.572.531,81</u>

• **sef: Intern**

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2021)

Vorsitzender

Oliver Krauß MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Bonn

Stellvertretende Vorsitzende

Martin Gorholt, Staatssekretär a.D., Vorsitzender des Medienrates der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, Potsdam

Viola Klein, Geschäftsführerin der Saxonia Systems Holding GmbH, Dresden

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ministerialrat a.D., Berlin

Weitere Mitglieder

Dr. Julia Leininger, Leitung Forschungsprogramm „Transformation politischer (Un-)Ordnung: Institutionen, Werte und Frieden“, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Dr. Cornelia Ulbert, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2021)

Vorsitzender des Kuratoriums

Hendrik Wüst MdL, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Franziska Giffey, Regierende Bürgermeisterin von Berlin

Michael Kretschmer, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Weitere Mitglieder

Wolfgang Blasig, Landrat des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Bad Belzig

Dr. Rolf Böhnke, Ministerialrat a.D., Bonn

Joana Breidenbach, Sozialunternehmerin, Mitgründerin von betterplace.org, Berlin

Guido Déus MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stefan Engstfeld MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Dr. Irene Heuser, Stellv. Abteilungsleiterin der Abteilung für Europaangelegenheiten, Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg, Potsdam

Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister a.D., Altena

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Volkmar Klein MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Michael Köhler, Stellv. Generaldirektor der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, Europäische Kommission, Brüssel



sef: Beirat im Gespräch 2021: Führung durch den Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Berlin

Alexander Graf Lambsdorff MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf, ehemaliges Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf



Sitzung des sef: Beirats im Stadttor Düsseldorf am 5. November 2021

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Claudia Lücking-Michel, Geschäftsführerin, AGIAMONDO e.V., Köln

Thomas Nüchel MdL, Mitglied im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

Dr. Norbert Röttgen MdB, Mitglied im Deutschen Bundestag, Berlin

Dr. Imme Scholz, Stellv. Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Verica Spasovska, Programmleitung/Events, Deutsche Welle, Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbands Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO), Berlin

Ashok-Alexander Sridharan, Oberbürgermeister a.D. der Bundesstadt Bonn

Octavian Ursu, Oberbürgermeister der Stadt Görlitz

Elke Weißer, Geschäftsführung und pädagogische Leitung, Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V. (EPIZ), Berlin

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2021)

Vorsitzende des Beirats

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftlerin, Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Lothar Brock, Assoziierter Forscher sowie Projektleiter, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt/Main, Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Prof. Dr. Claudia Derichs, Professorin für Transregionale Südostasienstudien, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin a.D., Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin

Dr. Maja Göpel, Transformationsforscherin, Berlin

Ingrid-Gabriela Hoven, Mitglied im Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

Prof. Dr. Andrea Liese, Professur für Internationale Organisationen und Politikfelder, Universität Potsdam



Musikalisches Intermezzo von Sauti é Haala beim Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“ am 21. April 2021

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand,
Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber, Präsident der
European Association of Development Research
and Training Institutes (EADI), Uppsala

Andreas Proksch, Ehemaliger Leiter des Bereichs
Sektor- und Globalvorhaben (GloBe), Deutsche Ge-
sellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
GmbH, Bonn

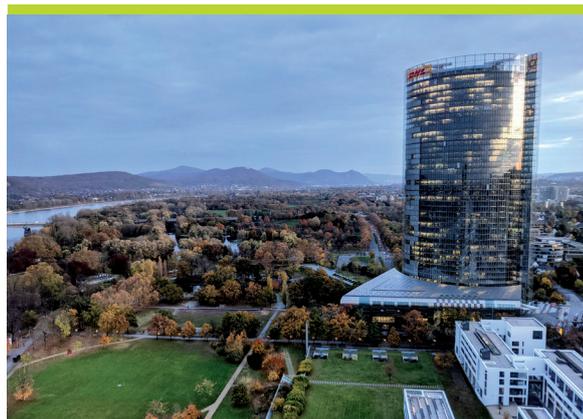
Prof. Dr. Jakob Rhyner, Professor für Globalen
Wandel und systemische Risiken, Rheinische Fried-
rich-Wilhelms-Universität Bonn, Wissenschaftlicher
Direktor des Innovation Campus Bonn (ICB)

Prof. Dr. Conrad Schetter, Direktor, BICC. Bonn
International Centre for Conflict Studies

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior
Fellow am Institut für Interkulturelle und Internatio-
nale Studien, Universität Bremen

Prof. Dr. Dominik Steiger, Professor für Völker-
recht, Europarecht und Öffentliches Recht, Techni-
sche Universität Dresden

- Freistaat Sachsen, Dresden
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF),
Universität Duisburg-Essen
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung
(SLpB), Dresden
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
(SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn
- Stiftung Frauenkirche Dresden
- United Nations Research Institute for Social Deve-
lopment (UNRISD), Bonn



Blick vom Studio auf dem UN Campus Bonn zum Post-Tower beim
Bonn Symposium 2021

sef: Team (Stand: 31. Dezember 2021)

Heike König
Assistentin der Geschäftsführung

Larissa Neubauer
Wissenschaftliche Referentin

Ingo Nordmann
Wissenschaftlicher Referent

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung
Finanz- und Konferenzmanager

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die
ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel,
durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die
Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef:
Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusam-
menarbeit und Entwicklung (BMZ)
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse
in Bonn

Die sef: war 2021 Mitglied in folgenden Foren:

- Academic Council on the United Nations System
(ACUNS)
- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Hu-
manitäre Hilfe

Kooperationen und Förderer 2021

Im Jahr 2021 kooperierte die sef: erneut mit einer
Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl
durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und
Vermittlung von Expert*innen als auch finanziell
wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei.

Wir danken:

- Deutsche Gesellschaft für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
- ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2021 nach Programmbereichen und Themenfeldern

Programmbereich A

Global Governance: Handlungsoptionen in einer multipolaren Welt

Themenfeld Digitalisierung und Global Governance

Online-Werkstattgespräch zum GGS 4|2020 [ONLINE]

Neue Regeln für das Internet. Deutschland und die Cybergovernance 2021

Veranstalter: Humboldt-Institut für Internet und Gesellschaft, in Kooperation mit der sef:

Online, 11. Februar 2021

Global Governance Spotlight 1/2021 – deutsch/englisch

Hybrid-Diplomatie: Wie COVID-19 unsere Verhandlungen verändert

Jovan Kurbalija | Katharina Höne

März 2021

sef: Mitwirkung am Deutsche Welle Global Media Forum [ONLINE]

Innovation by disruption? How COVID-19 is changing diplomacy

Veranstalter: Deutsche Welle

Online, 14. Juni 2021

Global Governance Spotlight 5/2021 – deutsch/englisch

Verhandlungen über ein UN-Abkommen gegen Cyberkriminalität: Menschenrechte ins Zentrum rücken

Mischa Hansel

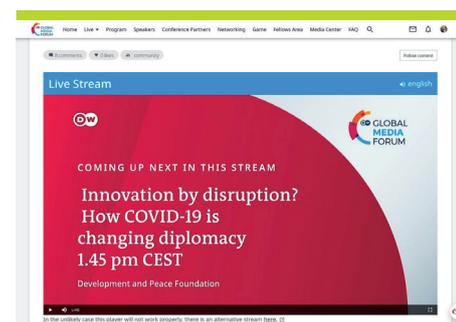
Dezember 2021

GlobALE TRENDS. ANALYSEN 3|2021

KI-Regulierung in einen globalen Einklang bringen: Lehren aus der aktuellen Praxis

Amandeep Singh Gill

Januar 2022



sef: Session beim Deutsche Welle Global Media Forum 2021

Themenfeld Gesundheits- und sozialpolitische Folgen der Corona-Pandemie

Brandenburger Online Dialog „Mit Afrika lernen“ [ONLINE Abendveranstaltung]

Antworten auf COVID-19: Erste Bilanz und Lehren

gefördert durch das Stifterland Brandenburg

Online, 21. April 2021

Global Governance Spotlight 2/2021 – deutsch/englisch

Solidarität und globale Gesundheitskooperation in der Corona-Pandemie und darüber hinaus

Hanna Kienzler | Barbara Prainsack

Mai 2021

sef: Policy Lunch [ONLINE]

Die EU und Solidarität in der globalen Gesundheitskooperation: Lehren aus der Corona-Pandemie

Online, 18. Mai 2021



GG-Spotlight Autorin Hanna Kienzler beim sef: Policy Lunch am 18. Mai 2021

GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 1|2021– deutsch/englisch

Finanzpolitischen Spielraum schaffen: Ein Gebot der Menschenrechte in Zeiten von COVID-19

Ignacio Saiz

Mai 2021

Themenfeld Stärkung der multilateralen Handlungsfähigkeit

Internationaler sef: Experten-Workshop 2021 [ONLINE]

Globale Schocks: Zur Berücksichtigung langfristiger Prävention bei kurzfristigen Reaktionen

in Kooperation mit dem INEF

Online, 21., 23., 27. und 29. September sowie 7. Oktober 2021

Global Governance Spotlight 4/2021 – deutsch/englisch

Besser auf globale Schocks reagieren – Empfehlungen für den „Our Common Agenda“-Prozess

Cornelia Ulbert | Michèle Roth

Dezember 2021

GlobALE TRENDS. ANALYSEN 2|2021– deutsch/englisch

Sprechen wir durch das Recht: Für einen rechtlich verankerten Multilateralismus

Heike Krieger

November 2021

Dresdner Forum für Internationale Politik 2021 [ABGESAGT]

Die Welt nach Corona – gefangen im Krisenmodus?

gefördert durch BMZ/GIZ

Dresden, 28./29. Januar 2021 (2-tägige Fachveranstaltung mit öffentlicher Abendveranstaltung)

Programmbereich B

Nachhaltige Entwicklung: Mit der Agenda 2030 zum Systemwandel

Themenfeld Digitalisierung für Entwicklung

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2021 [ONLINE]

Digitalisierung in Afrika: Regionale Strategien für gesellschaftlichen Frieden und Entwicklung

in Kooperation mit GIZ/BMZ

Programmbereich B / Themenfeld: Digitalisierung für Entwicklung

Online, 10.-12. Mai 2021

Global Governance Spotlight 3/2021 – deutsch/englisch

Entwicklungschance vs. digitaler Kolonialismus - Zum geplanten WTO-Abkommen zu digitalem Handel

Sven Hilbig

Oktober 2021

sef: Policy Lunch [ONLINE]

Datenschutz vs. Datenfluss – Gemeinwohlorientierte Digitalisierung und das geplante WTO-Abkommen zu digitalem Handel

Online, 17. November 2021



Ute Lange moderiert das Online-Format Potsdamer Frühjahrsgespräche 2021

Themenfeld Nachhaltige Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene

Der sef: Beirat im Gespräch 2021 / Parlamentarisches Frühstück [Präsenz mit Online-Zuschaltung]
„Aufbruch in die Welt von morgen“ –

Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des Landtags Nordrhein-Westfalen

Düsseldorf, 5. November 2021 im Landtag Nordrhein-Westfalen

Bonn Symposium 2021 [ONLINE]

Das Weltnaturschutzabkommen: Ein wichtiger Baustein für die lokale Umsetzung der Agenda 2030

in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Engagement Global und UNRISD, gefördert von der Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn
Online aus dem Studio in Bonn, UN-Campus, 10.-11. November 2021

Programmbereich C

Krisen und Konflikte: Neue Herausforderungen auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene

Themenfeld: Europa, die Großmächte und Chancen für eine globale Friedenspolitik

Online Forum Frauenkirche [ONLINE]

in Kooperation mit Stiftung Frauenkirche Dresden und Sächsischer Landeszentrale für politische Bildung

**Europas Rolle nach dem Wechsel im Weißen Haus –
Neue Chancen für eine globale Friedenspolitik?**

Dresden/Online, 28. Januar 2021 (öffentliche Abendveranstaltung)

**Russland und die Europäische Union in der
internationalen Politik –**

**Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame
Interessen?**

Dresden/Online, 20. Mai 2021 (öffentliche Abendveranstaltung)

**Die Europäische Union und China: Partner oder
Rivalen in der Weltordnung von Morgen?**

Dresden/Online, 9. September 2021 (öffentliche
Abendveranstaltung)



Forum Frauenkirche Online: Außenaufnahme der Dresdner Frauenkirche

Themenfeld: Weltweite Proteste für politische Reformen

Berliner Sommerdialog 2021 [ONLINE]

Protestieren für politische Reformen –

Voraussetzungen für friedliche Transformationen und Gewaltprävention

gefördert durch BMZ/GIZ

Online, 1., 8., 15. und 17. Juni 2021; und Online, 17. Juni 2021 Öffentliche Abendveranstaltung

Öffentlichkeitsarbeit

Video-Aufzeichnungen zu den Online-Veranstaltungen

Shortclips zu Online- und Präsenzveranstaltungen

sef:/INEF News (deutsch/englisch)

Im Jahr 2021 sind 7 Ausgaben der sef:/INEF News in folgenden Monaten erschienen:
Januar, März, Anfang Mai, Ende Mai, Juni, September, November, Dezember

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2020

Jahresbericht

Juni 2021

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 | D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 | Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org |  @sefbonn

www.sef-bonn.org